

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verfassstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 30

Berlin, den 28. Juli 1928

3. Jahrgang

## Bericht über den Verbandstag in Hamburg.

Nach Erledigung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 kam am Dienstag nachmittag als 3. Tagesordnungspunkt zur Erledigung

Die Tarif- und Lohnbewegung im Verbandsgebiet. Berichterstatter war der Kollege Barisch-Hannover. Er führte aus:

Die Berichtsperiode von 1925 bis 1928 war reich an Angriffen- und Abwehrbewegungen, die Einzelheiten sind im Jahrbuch niedergelegt. Wer sie eingehend würdigt, wird finden, daß eine Menge Arbeit zum Wohle der Kollegen geleistet und Erfolge erzielt wurden. Kritik ist am Plage, wenn sie neue Wege zu zeigen vermag. Die nach Parteischablone tätige Kritik, die in ihrer Wirkung nur den Vertretern der Profitinteressen zugute kommt, ist nicht ernst zu nehmen. In unserem Verbandsgebiet haben wir Gegner auf der Unternehmerseite, die durch ihre Wirtschaftsorganisationen und Zusammenballung der Kapitalmacht zu den stärksten privatkapitalistischen Wirtschaftsgebilden gehören. Mit diesen muß verhandelt werden. Wenn dabei nicht mit der Faust auf den Tisch geschlagen wird, sondern mit Ernst und Sachlichkeit dem Gegner Angelegenheiten abgerungen werden, so geht daraus hervor, daß sich der Charakter der Lohn- und Tarifkämpfe verschärft hat. Wenn diese Art Tätigkeit als Verrat am Klassenkampf bezeichnet wird, so schäme ich mich nicht, diesen Verrat täglich zu begehen.

Eine große Anzahl Arbeitgeber und deren Vertreter setzt sich nicht aus freiem Willen mit uns an den Verhandlungstisch, sondern folgt nur dem Zwang der geänderten Verhältnisse und der gestiegenen Stellung der Gewerkschaften im Staatswesen. Die Lohnfrage und die Tarifvertragsgestaltung, letztere besonders in ihrer des Arbeitsrechts ausbauenden Wirkung, ist zu einer bedeutungsvollen Staatsfrage geworden.

Nach dem Verbandstag 1925 waren die Lohnbewegungen der chemischen Industrie im vollen Gange. Nur in einigen Bezirken gab es Zulagen. Im Oktober kam eine Verschlechterung der Konjunktur. Daraufhin forderten die Unternehmer in Bezirken, wo eine Regelung noch nicht durchgeführt war, Lohnabbau. Die Folge war dann die Auslösung von mehr als 30 000 Arbeitern. Der Kampf dauerte mehrere Wochen und wurde durch Eingreifen des Reichsarbeitsministers mit geringem Erfolg beendet. In dieser Zeit befand sich die Arbeiterschaft nicht nur in Deutschland in einer Abwehrstellung auf Lohn- und tarifpolitischen Gebieten. Der Abwehrkampf wurde nicht mit dem Mittel der Arbeitseinstellung geführt. Unsere Aufmerksamkeit bestand darin, die Maßnahmen der Unternehmer einzuschränken und die Vertragsverhältnisse aufrecht zu erhalten; denn ein vorübergehend etwas verschlechterter Vertrag ist besser als ein vertragsloses Arbeitsverhältnis in Zeiten schlechter Konjunktur.

Im Frühjahr 1927 trat eine Besserung der Konjunktur ein und auf Lohn- und tarifpolitischem Gebiet eine rege Tätigkeit. Die Verordnung über die Arbeitszeit kam heraus und brachte Verbesserungen in der Arbeitszeit und in der Bezahlung der Ueberstunden.

Zu Beginn 1928 verbesserte sich der Geschäftsgang weiter. Die Lohnbewegungen setzten ein, um die Teuerung aus dem

1928 wurden 483 Lohnverträge abgeschlossen, außerdem 15 Reichs-, 47 Bezirks- und 516 Ortsrahmentarife. Die Lohn-erhöhungen betragen in diesem Jahre 6-12 Pf., die Stunde, seit 1925 sind 20 Pf. Zulage im Durchschnitt erreicht worden. Wir können uns mit diesen Erfolgen freuen lassen.

Am größeren Kämpfen hatten wir den Kampf in der chemischen Industrie 1925, den in der feuleramischen 1927, mehrere Kämpfe in der grobkeramischen und den Streit in der Zementindustrie im Neubekumer Gebiet vor einigen Wochen.

Die Verschmelzung des Porzellan- und Glasarbeiterverbandes mit der Grobkeramik zum Keramischen Bund in unserer



Georg Wollmann,

seitiger Leiter des Keramischen Bundes, Vors. d. Verbandstages.

Organisation haben, wie erwartet, auf Lohn- und tarifpolitischem Gebiet sich günstig für die Kollegen dieser Industrien ausgewirkt. Auch der Untervergänger ist durch das Eingetommen dieser beiden Verbände eine größere Bedeutung an Macht und Ansehen zugefallen.

Die Erfolge bleiben nicht aus.

Das staatliche Schlichtungswesen ist nicht das Ideal, das wir erstreben, es ist aber nicht zu verfechten, wenn aus Arbeiterkreisen Stimmen kommen, die dem Staat die Festlegung einer Mindestlohnuntergrenze auf kollektiver Grundlage im Lohn unterlegen wollen, in dem Augenblick, wo die Unternehmer das freie Spiel der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt wollen. Es ist nicht zu bekämpfen, sondern weiter auszubauen und mit unserem Geist mehr zu befruchten. Die streikhemmende Wirkung ist in der Schlichtungsordnung nicht in dem Umfange enthalten, wie allgemein angenommen wird, denn von über 5000 erledigten Schlichtungsverfahren liegen bisher durch staatliche Zwangsorgane nur 15 verbindlich erklärte Verträge vor.

Einige Anträge können nicht angenommen werden, andere sind dem Vorstand zu überweisen.

Wie wir uns in Zukunft zur Lohn- und Tarifpolitik einstellen werden, läßt sich nicht vorher bestimmen. In tariflichen Dingen gibt es kein unerschütterliches Rezept. Wir werden unsere Entscheidungen stets nach Verständigung und vorheriger Beratung mit den in Frage kommenden Funktionären treffen.

Wiederholt ist uns in diesem Jahre von Unternehmerseite erklärt worden: 1928 waren wir ihnen gegenüber im Nachteil, 1929 werden wir in der Lohnfrage ein erstes Wort mit ihnen sprechen. Hüften wir zu dieser Auseinandersetzung, dann können wir die Ueberzeugung in uns tragen, daß erster Wille zu gemeinsamer Arbeit und kameradschaftlicher Verständigung zum Nutzen unserer Verbandskollegen und der gesamten Arbeiterschaft ausloten muß.

In der Aussprache zu diesem Punkt der Tagesordnung traten Schweiher-Lägerdorf, Werner-Stuttgart, Valschner-Wittenberg und Küssel-Ottendorf-Teilla für die Befreiung der Schlichtungsinstanzen ein. Die Mehrzahl der Opponenten hatten keine eigene Meinung, sondern sprach für die zu diesem Thema herausgegebenen K.P.-Parolen. Bahner verlas außerdem noch ein Flugblatt des Baugewerksbundes gegen den Fabrikarbeiterverband, ohne sich bemüht zu werden, daß er so sein eigenes Nest befestigt.

Sachlich und berichtigend gegen die Opposition nahmen zu dem Thema die Kollegen Kollmann-Düsseldorf, Peter-Garburg, Philipps-Karlsruhe, Langewandt-Düsseldorf, Grünzel-Charlottenburg, Lorenz-Damburg, Elzner-Charlottenburg, Roth-Wöhrst, Apel-Charlottenburg, Köppler-Düsseldorf Stellung.

In seinem Schlußwort war es dem Referenten ein Leichtes, das Verhalten der sogenannten Opposition ins rechte Licht zu rücken. Ausdrücklich hob er hervor, daß auch der Verband sein Teil nicht bei den Schlichtungsstellen sucht, sondern befreit ist, aus eigener Kraft recht viel zu erreichen. 90 Proz. der Lohnverhandlungen wurden, ohne den Schlichtungsapparat in Anspruch genommen zu haben, durchgeführt.

Der Verbandstag billigte in seiner übergroßen Mehrheit die Ausführungen des Kollegen Barisch und die Taktik des Vorstandes zur Lohn- und Tarifpolitik.

Die dazu vorgelegte Resolution wurde gegen fünf Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Arbeitsertrag der deutschen Wirtschaft ist durch den Fortschritt der Technik, durch die wissenschaftliche Betriebsführung und die durch neue mechanisierte Arbeitsmethoden gesteigerte Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Die Vorteile der gesteigerten Produktion in der Wirtschaft sind aber, in Folge der monopolistischen Preisbildung der Kartelle, Syndikate, Konzerne und Trusts, fast ausschließlich in die Hände der kapitalistischen Profitinteressenten übergegangen.

Der 16. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, der nahezu eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen in sich vereint, fordert einen größeren Anteil an dem gesteigerten Arbeitsertrag durch Senkung der Warenpreise und Erhöhung der Löhne. Die Lohn- und tarifpolitischen Maßnahmen des Verbandes, seine wirtschaftspolitische Einstellung sind auf dieses Ziel eingestellt.

In dem gewerkschaftlichen Kampfe um Lohnerhöhungen und Erweiterung der tariflichen Rechte für die Arbeitnehmer ist neben bestimmter grundsätzlicher Zielsetzung eine sehr bewegliche Taktik erforderlich, die sich den jeweiligen Verhältnissen und gegebenen Umständen anpassen muß. Es ist die Pflicht aller Organe des Verbandes, sich den zur erfolgreichen Durchführung ihrer Aufgaben gemeinsam gefassten Beschlüssen der Verbandsförperschaften unterzuordnen und sie zu unterstützen.

Der Verbandstag bestätigt die bisherigen Maßnahmen des Vorstandes, die Beschlüsse des Rates, der Branchen- und Konferenzen auf Lohn- und tarifpolitischem Gebiete. Er erwartet, daß auch in Zukunft die Verbandsleitung ganz besonders den Kampf für die Erhöhung der Löhne, die Verminderung der Arbeitszeit, Ausbau der Ferien sowie für die Verbesserung aller tariflichen, die Arbeitsverhältnisse betreffenden Rechte der Arbeiterschaft führt.

Der Hauptvorstand.

Das am stärksten Thema der Verbandstagung,

Einführung der Invalidenunterstützung,

behandelte in überzeugender Weise am Mittwoch Kollege Adler-Hannover. Aus seinen Darlegungen bringen wir:

Mit einer Vorlage von weittragender Bedeutung hat sich der diesjährige Verbandstag zu befassen: Wir wollen den Kreis der sozialen Einrichtungen erweitern, wir wollen eine Einrichtung schaffen, um den invaliden Mitgliedern unseres Verbandes eine Hilfe zu leisten.

Neben unseren bekannten Unterstützungsarten wollen wir nun die Invalidenunterstützung einführen. Neben den Verantwortlichen dieser Unternehmung gibt es auch Kollegen, die die Auffassung vertreten, weitere Unterstützungsmaßnahmen würden schädlich für die Organisation wirken, das Hauptgebiet, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würde darunter leiden. Diesen Kollegen möchte ich sagen, daß doch zum mindesten die Streikunterstützung in erster Linie auch bei



Verbandsvorsitzender Karl Thiemig.

letzten Drittel des Jahres 1927 c. g. gleichen. Der besonders günstige Boden für die Führung von Lohnbewegungen war in der allgemein guten Wirtschaftskonjunktur gegeben. Wir haben uns mit unseren gewerkschaftlichen Mitteln den Dingen angepaßt und verlangten für die Arbeiterschaft den Anteil am Aufschwung der gesamten Wirtschaft. Die Gegenseite war damit nicht in vollem Maße einverstanden. Sie behandelte öffentlich ihre Theorien, die denen der Arbeiterschaft entgegenstanden, die selbst in Amerika praktisch von Kapitalisten widerlegt werden.

Die günstige Entwicklung der Wirtschaft in der letzten Zeit ist auch in der Steigerung der Produktionsziffern in der deutschen Stahlindustrie, in der Metallindustrie und anderen Zweigen der chemischen Industrie zu erkennen. In der Papier- und Zelluloseherzeugung ging es ebenfalls aufwärts. Desgleichen hatten die Zement- und andere Industrien eine günstige Geschäftslage.



Verbandsvorsitzender August Brey, Vors. des Verbandstages.

Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dient. Sie ist in am weitesten ausgedehnt. Auch die Statutenberatungskommission hat daran festgehalten, daß wir an Streikunterstützung das 12. bis 14. Mal des Gesamtbeitrages zahlen. Mit diesem Satz gehen wir weit über die Unterstützungen anderer Organisationen hinaus. Wie Ihnen bekannt ist, gehört die Verwaltungskommission des FFB an. Bei Verprechung der Streikunterstützung ist mir dort von Kollegen anderer Verbände gesagt worden: Du kannst unendlich verlangen, daß wir solche hohen Unterstützungen gewähren wie der Fabrikarbeiterverband. Und wie Sie aus der Vorlage



sehen, wollen wir auch jetzt noch bis zum nächsten Wochenbeitrag in der Streitunterstützung geben. Selbstverständlich schreibt trotzdem die "Hamburger Volkszeitung" in ihrem Begründungsartikel von einem "Abbau der Streitunterstützung". Sie sucht eben unter allen Umständen der Organisation etwas anzuhängen, obwohl wir nach unserer Vorlage gar nicht daran denken, an unserem Multiplikator irgend etwas zu ändern.

Einige Kollegen stehen auf dem Standpunkt, der ja auch in den Verbandsorganen zum Ausdruck kam: wir sollen die sozialen Unterstützungsrichtungen um des Kampfescharakters der Organisation willen mehr einschränken. Einige Kollegen sind der Auffassung, der Begriff der Kampfesorganisation müsse darin bestehen, daß man recht viel Streiks veranstaltet, unbeschümmert um den Erfolg. Natürlich ist das die verschwundene Minderheit. Wert und Aufgabe einer Kampfesorganisation besteht vielmehr darin, Erfolge für die Mitglieder zu erzielen. Aus den Ausführungen des Kollegen Barzsch haben Sie ersehen, in welchem Maße die Organisation dazu imstande war. Im Jahrbuch für 1927, Seite 253, finden Sie, daß wir für 595 849 Arbeiter durchschnittlich 2,70 RM für die Woche, für 162 686 Arbeiterinnen durchschnittlich 1,83 RM Wochenlohn in der Woche durchgesetzt haben. Damit ist der Beweis erbracht, daß wir eine Kampfesorganisation sind. Daneben haben wir für 12 060 Personen 5,63 Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche und für 192 671 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Urlaub usw. durchsetzen können. 1928 betrug die durchschnittliche Lohnerhöhung über 7 Pfennig in der Stunde. Im übrigen möchte ich unseren Kritikern sagen: die Unternehmern werden schon dafür sorgen, daß der Fabrikarbeiterverband eine Kampfesorganisation bleibt. Nun wendet man sich gegen die Invalidentunterstützung, weil durch sie der Kampfescharakter eingeschränkt würde. Bei diesen Gegnern darf natürlich auch die Partei der Unorganisierten, die SPD, nicht fehlen. In Wirklichkeit ist ihr Organ "Der Kampf" nicht ein Organ für die Gewerkschaften, sondern für die Gewerkschaftszerstörung. Dieses Organ mutet seinen Lesern allerlei zu. Dabei hat es überhaupt keine Verechtigung, sich mit Gewerkschaftsfragen zu beschäftigen. Einige Kollegen haben allerdings bei Besprechung des Vorstandsberichts und bei den Delegiertenwahlen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Mitglieder der SPD für unseren Verband von besonderer Bedeutung wären. Tatsächlich spielen aber die Kommunisten innerhalb unseres Verbandes eine ganz untergeordnete Rolle, so daß eine Verechtigung zu Angriffen auf unsere Organisation gar nicht vorliegt. In dem Organ "Der Kampf" wird festgestellt, daß die kapitalistische Nationalisierung einen großen Verschleiß an Arbeitskraft mit sich bringe, so daß es immer unumgänglicher werde, Arbeitern über 50 Jahre Arbeit zu verschaffen. Man stellt die Forderung auf, in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung sollen alle Versicherten Ruhezulage erhalten, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Mit solchen Forderungen kann man Erfolge bei nicht denkenden Arbeitern erzielen. Aber wer von uns glaubt denn, daß diese Forderung in den nächsten 10 oder 20 Jahren durchgeführt werden kann? Außerdem ist es auch richtig, den über 50 Jahre alten Arbeit zu verschaffen, als ihnen Rente zu sichern, von der sie nicht existieren können. Der VVB hat deshalb 1926 die Forderung aufgestellt, daß auf Beschäftigte ein über 50 Jahre alter Arbeiter eingestellt werden soll. Eine solche Forderung ist natürlich viel vernünftiger als die Forderung einer Rente für alle über 50 Jahre alten. Das gibt es ja noch einmal in England. Außerdem wissen wir ja auch, daß gerade die Knappschaftsversicherung außerordentlich schlecht ist.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit denselben Argumenten bekämpft, wie heute die Invalidenunterstützung. Und doch wissen wir, daß die Arbeitslosenunterstützung ein indirektes Kampfmittel ist. Wir haben vor 24 Jahren hier auf dem Hamburger Verbandstag die Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Sie ist erst im Oktober 1905 in Kraft getreten. Dieser Beschluß und daneben die Anheftung von 8 Geleitern außer den 2 schon vorhandenen haben dazu geführt, daß sich die Mitgliederzahl innerhalb kurzer Zeit verdoppelt hat. Das erwartete natürlich von der Einführung der Invalidenunterstützung nicht eben so große Erfolge, wohl aber wird sie ein Bindemittel schaffen, das die schädliche Fluktuation einschneidet. Bei einer starken Fluktuation kann die gesamte Bildungsarbeit der Gewerkschaft nicht durchgeführt

Unsere Vorlage ist von der Statutenberatungskommission, die zum Teil Einwendungen berücksichtigt hat, etwas abgeändert worden. Bestimmend für die Einführung der Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften überhaupt, war die Tatsache, daß der Deutsche Bauergewerksbund, die Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und Steinrunder, Lederarbeiter, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Maschinenisten und Geiger und der Deutsche Verkehrsband die Invalidenunterstützung eingeführt haben, der letztere allerdings nur fakultativ, d. h. die Mitglieder können sich freiwillig versichern. Die Unterstützungsstufe erhebt dafür einen wöchentlichen Beitrag von 30 Pf. bis zu 120 RM neben dem Verbandsbeitrag. Eine solche freiwillige Versicherung ist aber unglücklich, weil nur ein kleiner Teil der Mitglieder sich daran beteiligen würde, und zwar gerade die, die bald auf eine Rente rechnen. Die Belastung für die Unterstützungsstufe ist dann sehr groß und man muß hohe Beiträge erheben. In neuerer Zeit beschäftigen sich mit der Einführung der Invalidenunterstützung die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Zimmerer, Schuhmacher, Tabakarbeiter und unsere Organi-



A. de Jonge, Vertreter des holländischen Fabrikarbeiterverbandes.

tion. Der Vertreter des Bauergewerksbundes wies in unserer gemeinsamen Sitzung darauf hin, welche große Werbekraft den bescheidenen Renten innewohnt, die dieser Verband seinen alten Kollegen zahlt, nämlich monatlich 15,50 und 10 RM. Seit dem 1. Januar 1928 sind diese Renten etwas erhöht. Welche ungeheure agitatorische Wirkung hat es, wenn die alten Kollegen mit Stolz erklären, daß der Verband für sie Sorge. Dabei wird man doch dem Bauergewerksbund und ebenso den Holzarbeitern nicht den Kampfescharakter absprechen wollen. Beide haben ja bewiesen, daß sie auch Massenausverrungen überstehen können. Wenn diese Verbände eine derartige Unterstützung einführen — der Bauergewerksbund hat sie schon seit Jahren — dann ist damit bewiesen, daß die Organisation vor einer zwingenden Notwendigkeit standen.

In Art. 20 des "Proletarier" hat ein Kollege die Einführung erhoben, daß bei Einführung der Invalidenversicherung wahrscheinlich nur die Fürsorgeverbände entlastet würden, denn die Unterstützung würde von der Wohlfahrtspflege angerechnet werden. Wir haben jedoch Verrechnungen getroffen, wie wir sie ähnlich im Statut schon für Mitglieder von Betriebskrankenkassen haben, denen grundsätzlich die Krankenunterstützung unseres Verbandes auch angerechnet werden würde. Diese erhalten die Krankenunterstützung nur bis zu der Höhe, daß ihnen nichts angerechnet wird. Im übrigen erhalten sie eine Kostgelderunterstützung. Ähnlich haben wir auch hier die Bestimmung vorgegeben: Krankenhäusern und anderen dritten Personen steht ein Anspruch auf die Unterstützung nicht zu. Kollegen, denen kommunale oder staatliche Stellen die Invalidenunterstützung aufrechnen oder ihre Unterstützung kürzen, erhalten die Verbandsunterstützung nun bis zu einer Höhe, die die Anrechnung ausschließt. Wo man unsere Unterstützung anrechnet, werden wir sie in anderer Form gewähren.

Der weitere Einwand, der auch auf der Zahlstellenleiterkonferenz erhoben wurde, besteht darin, daß man sagt: wir wollen auch den alten Kollegen Unterstützung geben. Zunächst einmal war sowieso geplant, bei der Einführung der Invalidenrente nicht zu fragen, ob der Kollege durch Alter, Unfall oder Krankheit Invalide geworden ist. Da aber doch Mißverständnisse vorlagen, haben wir uns in der Statutenberatungskommission geeinigt, daß der Satz lauten soll: "Verbandsmitglieder, die infolge Alters oder Krankheit oder durch Unfall invalid geworden sind, können eine Rente erhalten, deren Höhe nach den gezahlten Hauptlastenbeiträgen festgestellt ist." Damit dürfte auch diesem Einwand begegnet sein. Weiter hat man eingewendet, daß ein Teil der Mitglieder vielleicht der Altersunterstützung nicht angehören und deshalb den Nachweis der Invalidität nicht führen könne. Deshalb sagen wir: die Gewährung ist in der Regel von der Anerkennung der Invalidität durch die Reichsversicherung oder durch einen Verbandsarzt, den der Hauptvorstand bestimmt, abhängig zu machen. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß der Bezug der sozialen Rente nicht die alleinige Voraussetzung für die Gewährung der Verbandsunterstützung ist, sondern daß wir auch selbst durch einen Arzt die Invalidität feststellen können.

Ich muß noch auf eine Organisation eingehen, mit der wir im Kampf stehen, den christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband. Dieser hat in Bayern, Schlesien, Sibirien und Westfalen Apitiation mit seiner Invalidenunterstützung getrieben. In den letzten Wochen hat er im Ruhrgebiet und im Rheinland Abblätter verteilt, die seine Unterstützungsstufe und diejenigen unserer Vorlage gegenüberstellen. Es ist richtig, daß höhere Höhe niedriger sind. Am Versprechen sind uns ja die Christen immer über gewesen. Die sich diese Bestimmungen aber auswirken, ergibt sich aus dem Statut des christlichen Verbandes. Dort wird gesagt, daß für die Jubilare Rente am 1. Januar 1931 gewährt wird, für die übrigen ab 1. Juli 1932. Man rechnet aber die Mitgliedschaft zur Invaliden- und Altershilfe in der Beitragsklasse an, in der die Mitglieder am 1. April 1927 waren. Auch werden nicht die vollen Mitgliedsjahre angerechnet, sondern nur ein Fünftel der Mitgliedschaft. Der christliche Verband ist ungefähr 1900 gegründet. Die Jubilare kann man an den Fingern herzählen, vielleicht aber selbst wenn sie vorhanden sein sollten, wird diesen alten Mitgliedern ihre bisherige Mitgliedschaft nur zum fünften Teil angerechnet, das heißt bei Inkrafttreten der Unterstützung müssen die

ältesten Mitglieder noch 5 Jahre lang Beitrag leisten, ohne Unterstützung beziehen können. Nun müssen wir die an Fluktuation im christlichen Verband berücksichtigen. So gibt sich, daß alle Mitglieder, die 1919 eingetreten sind, Inkrafttreten der neuen Einrichtung an noch 8 oder 9 Jahre Beiträge leisten müssen, ehe sie überhaupt Unterstützung beziehen können. Bei uns soll die Invalidenunterstützung 1. Januar 1931 in Kraft treten, und alle Mitglieder, die nötige Beitragszahl erreicht haben, erhalten auch sofort Unterstützung. Ihre Mitgliedschaft wird voll angerechnet. Ihre christlichen Mitteilungen können wir erwidern, daß die Christen nach ihrem eigenen Vorschlag nur ein Fünftel der Mitgliedschaft als Dauer anrechnen, die am 1. April 1927 vorhanden war. Auf dieses Jesuitenstücklein müssen wir hinweisen, wenn drängen behauptet wird, die Rente der Christen sei höher. Sogar kommt noch, daß die Mitgliedschaft in einer anderen Organisation beim Uebertritt zu den Christen nicht angerechnet wird, wenn der andere Verband eine getrennte Invalidenklasse hatte. Der freie Gewerkschaften hat eine solche Einrichtung nur im Verkehrsband. Mitglieder unseres Verbandes, die sich den Strengeklagen der Christen einsagen lassen, würden auch bei den Christen nichts angerechnet bekommen. Im übrigen haben ja die Christen nie Erfolge erzielen können. Der große Teil unserer Mitglieder in jenen Gegenden hat ja dem christlichen Verband erklärt, daß seine Unterstützungen sehr mangelhaft seien.

Zu dem Entschluß, eine Invalidenunterstützung einzuführen, sind wir aber auch noch aus einem anderen wichtigen Grunde gekommen. Zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften ist am 15. November 1918 jene berühmte Vereinbarung zustande gekommen, in der es heißt, daß die Arbeitgeberverbände sich verpflichten, die sogenannten wirtschaftsrechtlichen Arbeitnehmervereinigungen weder mittelbar noch unmittelbar zu unterstützen. Nach außen hin hatten sich die Arbeitgeber auch daran. Wir haben aber Beweise dafür, daß häufig Direktoren, Werkmeister und Fabrikleiter die Ebernung von Betriebsversammlungen veranlassen, um gelbe Werkvereine zu gründen. In Großbetrieben ist es geschickter. Dort steht man sich hinter eine Anzahl von Arbeitern, die Vereine in Form von Unterstützungsvereinigungen bilden, durch die die Arbeiter zusammengehalten und der Gewerkschaft ferngehalten werden sollen. Auf diese Weise ist auch in der Badischen Nautilus-Sodafabrik 1925 ein derartiger Verein gegründet worden, der sich die Aufgabe gestellt hat, seinen Mitgliedern Sterbegeld und Invalidenrente zu gewähren. Man will monatlich eine Rente von 55 bis 90 Mark zahlen. Man kann das durchführen kann, ist sehr zweifelhaft, wir wissen aber aus der Abrechnung der Werkvereine, nämlich des Reichsverbandes Vaterländischer Arbeitervereine, daß diese von den Beiträgen ihrer Mitglieder nicht leben können, sondern auf Zuwendungen der Unternehmer angewiesen sind. Wahrscheinlich konnte auch dieser Unterstützungsverein, von dem man heute noch nicht behaupten kann, daß die Geschäftsleitung dahinter steht, so hohe Renten zu versprechen in der Erwartung: die Betriebsleitung wird uns schon unterstützen. Immerhin ist die Mitgliederzahl schon auf über 3000 angewachsen. Es werden wöchentliche Beiträge von 55 bis 165 RM erhoben. Wenn ein solcher Nischenbetrieb einen Invalidenunterstützungsverein mit über 3000 Mitgliedern besitzt, von denen Hunderte zugleich Mitglieder unseres Verbandes sind, die sich eben für den Fall der Invalidität auch sichern wollen, dann haben wir alle Ursache uns mit diesen Zuständen zu beschäftigen. Bei den ziemlich hohen Beiträgen des Unterstützungsvereins werden dessen Mitglieder übrigens schwer für unsere Organisation zu gewinnen sein, denn sie werden uns einwenden, die Doppelbelastung sei zu groß. Darunter leidet also auch die gewerkschaftliche Organisation. Gerade die Kollegen, die wegen ihrer politischen Einstellung Gegner einer Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften sind, möchte ich bitten, sich diese Tatsache vor Augen zu halten. Was soll aus der gewerkschaftlichen Organisation werden, wenn in diesen Großbetrieben ein solcher Unterstützungsverein nach dem andern gegründet wird? Die Erfahrung beweist uns, daß aus diesen Unterstützungsvereinen gelbe Werkvereine werden. Um diese Vereine zu bannen, haben wir unsere Vorlage mit eingebraucht. Wir wollen den Kollegen auch in diesen Betrieben den Beweis geben: die Organisation steht Euch zur Seite, Ihr braucht Euch nicht besondern Vereinen anzuschließen, die die Gefahr in



Emil Girbig, vom Heranischen Bund, Gruppe Glas.

sich bergen, gelbe Werkvereine zu werden. Wir haben bei Einführung der Erwerbslosenunterstützung genau dieselben Einwendungen gehört wie jetzt. Auch damals wurde betont, der Kampfescharakter der Organisationen leide darunter, man wolle nur Streik- und Gewerkschaftenunterstützung haben. Die Folge der Einführung der Erwerbslosenunterstützung war aber gerade in unserer Organisation, daß sich die Mitgliederzahl innerhalb einer einzigen Berichtsperiode verdoppelt hat und daß heute niemand die Arbeitslosenunterstützung missen will. Man will nicht so weit gehen, von der Einführung der Invalidenunterstützung gleichfalls eine Verdoppelung der Mitgliederzahl zu erwarten. Aber das können wir ohne weiteres sagen, daß eine Festigung der Organisation eintreten wird, daß es vor allen Dingen gelingen wird, die schädliche Fluktuation einzudämmen. Wenn in den linksstehenden Streifen die verlorne Gewerkschaftstaktik als Ursache der Fluktuation genannt wird, so möchte ich den Formu-



Hermann Grängel, der angesehene Leiter des Heranischen Bundes.

werden. Bei allen Dingen möchte ich den Kritikern auch sagen, daß die Kampfescharakter einer Organisation steigt, wenn es gelingt, die Mitglieder in schlechten Zeiten, wo keine Lohnerhöhungen zu erzielen sind, bei der Organisation zu halten. Dazu brauchen wir sie natürlich nicht bei besonderen Kampfen zu organisieren und lassen beim Eintritt einer besseren Konjunktur unsere Ziele ohne weiteres durchsetzen. Es wird bekannt, daß in den sozialen Unterstützungen eine feste monatliche Prämie liegt. Das Prinzip der Solidarität wird erfüllt. Wir wollen nicht nur den freundschaftlichen Mitgliedern helfen, den strapazierten, Arbeitslosen und Kranken, sondern auch den alten und invaliden Mitgliedern.



nistischen Artilekschreibern sagen: was versteht ihr von Gewerkschaftsarbeit! Wir, die wir ein Lebensalter in der Bewegung stehen, wissen, daß es immer alte Bekannte sind, die die Organisation nur benutzen, um Vorteile aus ihr zu ziehen, und ihr den Rücken kehren, wenn Vorteile nicht mehr winken. Sie treten keineswegs aus, weil sie etwa mit der Taktik der Gewerkschaft nicht einverstanden sind, sondern weil sie meinen, das Beitragszahlen sei Sache der andern. Zum Teil sind das auch Leute, die über das Wesen der Organisation überhaupt nicht unterrichtet sind. Am Rheinland habe ich in Versammlungen und Betriebsratskonferenzen Kollegen getroffen, aus deren Mitteilungsbuch ich erfuhr, daß sie eben erst wieder neu eingetreten waren. Auf meine Frage nach dem Grund ihres Ausscheidens erwiderten sie mir: ich war arbeitslos und der Kassierer ist nicht gekommen. Nummer ist ja ein anderer schuld! Wenn wir die Invalidenunterstützung einführen, werden sich viele Kollegen den Austritt reißlicher überlegen. Vor allen Dingen werden die Aelteren sich sagen: wir geben große Vorteile auf, wenn wir so leichtfertig unsere Mitgliedschaft aufgeben.

Ich bitte sie deshalb, möglichst einmütig die grundsätzliche Einführung der Invalidenunterstützung zu beschließen. Ueber die einzelnen Bestimmungen des Statuts für diese Unterstützung wird Kollege Hertwig als Berichterstatter der Kommission noch sprechen. Die Sache der Invalidenrente und die sonstigen Einzelbestimmungen können wir natürlich nur im Zusammenhang mit der Gestaltung der Beiträge beschließen. Deshalb bitte ich, daß Sie sich jetzt nur grundsätzlich über die Einführung der Invalidenunterstützung äußern und dabei besonders das Gefühl der Solidarität mit unseren alten und invaliden Kollegen zum Ausdruck bringen. Wenn Sie sich von diesem Gesichtspunkt leiten lassen, wird der Verbandstag die Einführung dieser Unterstützung mit überwältigender Mehrheit beschließen können. (Beifall.)

In der Diskussion zu diesem Punkt nahm auch die sogenannte Opposition eine ablehnende Haltung ein. Dem Kollegen Schäblich-Dresden war es vorbehalten, diesen nicht-sagenen Standpunkt mit ein paar Redensarten zu begründen. Recht durchschlagende Gründe für die Einführung der Invalidenunterstützung brachten dagegen die Kollegen Bach-Offenbach, Schumann-Leipzig, Köhler-Altenfeld, Nierhäuser-Darmstadt, Werning-Brandenburg, Klein-Berlin, Apel-Salzburg, Girbig-Charlottenburg, Seiger-Heilbronn, Mager-Dresden und Strasser-Waldsbut vor.

Der Referent beantwortete in seinem Schlusswort noch einige Anfragen und fasste die gemachten Darlegungen kurz zusammen, um noch einmal warm für seine Vorschläge einzutreten.

Die Abstimmung ergab die Annahme der diesbezüglichen Anträge gegen nur 14 Stimmen.

**Die Bestimmungen über die Invalidenunterstützung**

sahen nun folgenden Wortlaut:

1. Verbandmitglieder, die infolge Alters oder Krankheit oder durch Unfall invalid geworden sind, können eine Rente erhalten, deren Höhe nach den gezahlten Wochenbeiträgen gestaffelt ist.
2. Die Gewährung ist in der Regel von der Anerkennung der Invalidität durch die Reichsversicherung oder durch einen Vertrauensarzt, den der Hauptvorstand bestimmt, abhängig zu machen.
3. Die Invalidenrente wird nicht gewährt, solange das invalide Mitglied in der Erwerbslosenunterstützung des Verbandes oder in der öffentlichen Arbeitslosen- oder Krankenversicherung noch nicht angesteuert ist. Sie wird ferner nicht gewährt, wenn der Invalide durch eigene Arbeit oder von den reichsgefährlichen Versicherungen oder von sonstigen Stellen ein Einkommen bezieht, das mehr als 60 Prozent des ortsüblichen Tariflohnes beträgt.
4. Dem Hauptvorstand steht jederzeit das Recht zu, durch einen von ihm zu bestimmenden Arzt eine Nachuntersuchung über die anhaltende Erwerbsunfähigkeit vornehmen zu lassen.

Beitrags- wochen	Bei einem Vollbeitrag von							
	35 Pf.	45 Pf.	60 Pf.	75 Pf.	85 Pf.	100 Pf.	110 Pf.	120 Pf.
520	3,50	4,50	6,-	7,50	8,50	10,-	11,-	12,-
780	4,20	5,40	7,20	9,-	10,20	12,-	13,20	14,40
1040	5,25	6,75	9,-	11,25	12,75	15,-	16,50	18,-
1300	6,30	8,10	10,80	13,50	15,30	18,-	19,80	21,60
1560	7,-	9,-	12,-	15,-	17,-	20,-	22,-	24,-

Beitrags- wochen	Bei einem Vollbeitrag von									
	140 Pf.	160 Pf.	180 Pf.	200 Pf.	230 Pf.	260 Pf.	280 Pf.	350 Pf.	420 Pf.	
520	14,-	16,-	18,-	20,-	23,-	26,-	28,-	35,-	42,-	
780	16,80	19,20	21,60	24,-	27,60	31,20	33,60	42,-	50,40	
1040	21,-	24,-	27,-	30,-	35,50	39,-	42,-	52,50	63,-	
1300	25,20	28,80	30,40	36,-	41,40	46,80	50,40	63,-	75,60	
1560	28,-	32,-	36,-	40,-	46,-	52,-	56,-	70,-	84,-	

7. Der Antrag des Mitgliedes auf Gewährung der Invalidenunterstützung ist bei der Zahlstelle zu stellen, bei der das Mitglied seine Beiträge zahlt. Die angegangene Zahlstelle hat alle notwendigen Unterlagen zu beschaffen, zu prüfen und mit dem Antrag an den Hauptvorstand weiterzuleiten. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung trifft in allen Fällen der Hauptvorstand.

8. Mitglieder, die aus anderen Verbänden übergetreten sind, erhalten die dort geleisteten Beiträge nur dann angerechnet, wenn ein **Gegenseitigkeitsvertrag** vorliegt.



Frau Alvida Andersen, die Vertreterin des Verbandes der Fabrikarbeiterinnen Dänemarks.

9. Krankenhäusern, Heilanstalten oder dritten Personen steht ein Anspruch auf die Verbandunterstützung nicht zu. Mitglieder, denen staatliche, kommunale oder sonstige Stellen bei Gewährung von Unterstützungen die vom Verband gewährte Invalidenunterstützung kürzen, erhalten die Verbandunterstützung nur bis zur Höhe, die eine Aufrechnung ausschließt. Damit wurden die Verhandlungen am Mittwoch mittag abgeschlossen. Am Nachmittag hatte die Hamburger Zahlstelle eine Dampferrundfahrt vorgelesen und abends einen Besuch des Tierparks Hagenbeck in Stellingen.

Die Verhandlungen am Donnerstag begannen nach Aufzählung des Kollegen Vrey zu der kürzlichsten Berichterstattung der „Hamburger Volkszeitung“ dann folgte das Referat des Kollegen Hertwig-Köln über die Verhandlungen der Statutenberatungskommission.

Auf seinen Darlegungen bringen wir: Die Kommission arbeitete am Freitag, Sonnabend und Sonntag. Sie war bestrebt, das Beste für die Mitglieder zu bestimmen.

Die Anträge zur Sicherlegung und Änderung des Verbandsorgans „Keramischer Bund“ und sonstigen auf den „Keramischen Bund“ bezüglichen Forderungen, wurden abgelehnt. Die StWA. ersucht auch den Verbandstag, die Anträge abzulehnen.

Eine Finanzreform ist notwendig. Man arbeitete die Statutenberatungskommission auch eine Anzahl Anträge um. Damit die Einheitsorganisation der Gewerkschaften zustande kommen kann, sind einseitige Beiträge in den Gewerkschaften notwendig. Deshalb beschritt auch die StWA. diesen Weg in ihrer Vorlage. Nur ist es schwer die Reform auf einmal durchzuführen. Das Erheben und die Einführung von besonderen Beilagen müßte als richtig anerkannt werden. Die Neuänderung wird in der vorliegenden Weise vorgeschlagen. In der Einführung der Invalidenunterstützung soll das Band der Solidarität bis zum Tode geschlossen werden. Wir wollen gerade unseren Alten beistehen und ihnen ihre Treue zum Verbands belohnen. Weiter behandelte Kollege Hertwig die zahlensmäßigen Änderungen, die infolge der Einführung der Invalidenunterstützung und der Finanzreform notwendig werden.

Mit den Vorschlägen der Statutenberatungskommission, wie sie der Kollege Hertwig vorgetragen hatte, war die Mehrheit der Verbandsstagsdelegierten nicht einverstanden. Die Anträge müßten deshalb noch einmal zur Beratung gestellt werden. Die Opposition zu diesem Punkt war echt. Sie hatte Parolen irgendwelcher Stellen nicht notwendig.

Gegen die Vorschläge der Statutenberatungskommission sprachen die Kollegen Fischer-Kürth, Philips-Karlsruhe, Müller-Rangeneau, Müller-Gröfenfeld, Bach-Offenbach, Brubach-Frankfurt, Gantermann-Darmstadt, Schaner-Altenburg, Federer-München, Speich-Schligen, Sigmund-Chemnitz, Wörner-Stuttgart.

Für die Vorlage sprachen sich ein Kerstan-Kottbus, Abler-Danauwer, Thiemig-Dannover.

Auch Genosse Leihar vom IGGW. nahm zu dieser Angelegenheit das Wort. Er verwies darauf, daß die Vereinheitlichung der Beiträge und Unterstützungen keine interne Angelegenheit des Fabrikarbeiterverbandes ist, sondern eine solche für die Verbände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, die die oberste Instanz der freien Gewerkschaften, der Bundeskongress, bereits beschlossen habe. Dann schloß er einleitend die Vorarbeiten und Verhandlungen zu der Angelegenheit. Gerade im Interesse der Gewerkschaftsbewegung sei die Neuregelung angebracht. Unsanfter Konkurrenz werde dadurch ausgeschlossen, und eine Vergleichbarkeit geschaffen. Es wäre nicht klug vom Fabrikarbeiterverband, wenn er anders handeln würde. Der

Verbandstag habe die Einführung der Invalidenversicherung beschlossen. Das sei ein großer Fortschritt für die Gewerkschaftsbewegung. Darin habe er ein gutes Beispiel gegeben, wenn weitere ähnliche Beschlüsse gefaßt würden, so begrüßte er den Verbandstag dazu. Zugleich nahm Genosse Leihar Abschied vom Verbandstag.

aus. Nach ausgiebiger Diskussion wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Auf Antrag des Kollegen Vrey wurde die Verhandlung der Punkte 4 und 5 verschoben und eine neue Kommission zur Statutenberatung eingesetzt. In die Kommission wurden 5 Gauleiter, 5 Mitglieder der alten Statutenberatungskommission und drei beteiligte Mitglieder des Hauptvorstandes entsandt.

Zur Behandlung kam dann der Vortrag des Kollegen Segerer-Hannover.

**Die Jugendfrage.**

Kollege Segerer, Hannover, hielt das Referat und behandelte folgende Hauptgedanken. Die Jugendfrage wird für die Gewerkschaften immer bedeutsamer. Sie müssen ihr immer mehr Beachtung schenken, vor allem deshalb, weil die gewerkschaftlichen Ideen noch verwirklicht werden müssen. Ein großes Mißverhältnis ist es, daß wir heute noch keinen Uebergang vom Kind zum Industriearbeiter oder Industriearbeiter zum Industriearbeiterin ist so unmittelbar und so nachhaltig, daß eine Fürsorge dringend notwendig ist. Die Umstellung der Industrie zur modernen Entwicklung beeinflusst die Tätigkeit der Jugendlichen sehr stark. Das gilt für alle Industrien, soweit sie zum Organisationsbereich unseres Verbandes gehören. Wir sehen darin, daß die Lehrlinge mehr und mehr verschwinden, so beispielsweise in der Flaschenindustrie, wo es kaum noch Lehrlinge gibt. Die Angeleserten und Ungerleserten treten immer mehr an die Stelle der Lehrlinge. Es muß überhaupt gefragt werden, ob der Ausdruck Ungerleserte noch zutreffend ist. Gegenwärtig wird ein erhebliches Maß von Sachkenntnis und Verantwortung an die sogenannten Ungerleserten gestellt, denn sie müssen Qualitätsarbeit leisten. Aus diesem Grunde muß die Berufsausbildung auch auf die ungerleserten Jugendlichen ausgedehnt werden. Das Berufsausbildungsgezet ist demgemäß zu gestalten und die Unternehmer müssen zur Aufbringung der Mittel zur Berufsausbildung verpflichtet werden. Die Berufsausbildung selbst darf in keiner Weise so vor sich gehen, wie sie das „Dinta“ durchführt. Die Gewerkschaften haben die Bestrebungen des „Dinta“ abzulehnen. Wir selbst waren schon bestrebt, in verschiedenen Orten uns um die Jugend anzunehmen, hatten aber nicht den gewünschten Erfolg. Wir werden uns dadurch in keiner Weise einschüchtern lassen, sondern versuchen, in dieser Richtung weiterhin Versuche anzustellen. Die beste Vorkationsmöglichkeit unter den Jugendlichen ist noch dort vorhanden, wo sie berufsmäßig zusammengefaßt werden können. Unser hauptsächlichstes Augenmerk in der Jugendfrage muß darauf gesetzt werden, für die Jugend gezielte Erleichterungen durchzuführen und in der Ferienfrage Erfolge zu erringen.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kruse-Forsheim, Carl-Charlottenburg, Berner-Stuttgart, der einen Antrag einbrachte und die Kollegin Klarman-Rürnberg, die für die Vorkationsmöglichkeit und tatkräftige Unterstützung der jugendlichen Arbeiterinnen eintrat. Trotzdem die Kollegin Klarman von der sogenannten Opposition war, fanden ihre Worte den Beifall des Verbandstags, weil sie vernünftig genug war, die Wirklichkeit zu schildern, ohne zu behaupten und zu schimpfen. Der Antrag des Kollegen Berner zu diesem Punkt erhielt auch so vernünftige Vorklagen, daß er dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Daraus war zu ersehen, daß sich die sogenannte Opposition auch so geben kann, wie die andere und daß sie auch Anklang findet, wenn sie wirklich etwas zu sagen weiß.

Nach dem Schlusswort des Kollegen Segerer fand folgende Entschliessung einstimmige Annahme:

Die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens, die großen Umwandlungen in der Technik und im Arbeitsprozeß bringen eine weitgehende Arbeitsteilung mit sich. Die sehr verbreitete Teilarbeit am laufenden Band und andere Arbeitsmethoden stellen außerordentliche einseitige Anforderungen an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeiterin, insbesondere der Jugendlichen, die vielfach denselben nicht gewachsen sind.



Julius John, Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter der Tschechoslowakei.

Die Kosten dafür trägt die Hauptkasse. Eine Weigerung, sich zur Unterstützung zu stellen, hat den Entzug der Unterstützung zur Folge.

5. Die Höhe der Invalidenunterstützung richtet sich nach der Zahl und Höhe der geleisteten Wochenbeiträge. Der Unterstützungsbetrag ist zu berechnen nach dem Durchschnittsbeitrag der letzten 200 Wochenbeiträge.

6. Als Richtsätze für die Höhe der monatlichen Unterstützung sollen gelten nach:

520 Vollbeiträgen das 10fache des Wochenbeitrags
780 Vollbeiträgen das 12fache des Wochenbeitrags
1040 Vollbeiträgen das 15fache des Wochenbeitrags
1300 Vollbeiträgen das 18fache des Wochenbeitrags
1560 Vollbeiträgen das 20fache des Wochenbeitrags



Julius Weik, der Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter Oesterreichs.

Die durch die Teilarbeit immer mehr gesteigerte Einseitigkeit und Eintönigkeit der industriellen Arbeit bedroht in sehr starkem Maße die körperliche und geistige Entwicklung der Jugendlichen.

Für die Lehrlinge wird heute eine sorgfältige und gute Berufsausbildung mit Nachdruck gefordert. Ungelöst ist jedoch heute die Frage nach einer Mindestberufsausbildung der sogenannten jugendlichen Ungerleserten. Infolge der Rationalisierung und Mechanisierung gleicht sich in der Industrie die Arbeit der gelerntten und der ungerleserten Arbeiter immer mehr an. Die Mehrzahl der Arbeiter gehört heute der Mittelschicht, den sogenannten Ungerleserten, an. Es liegt daher im Interesse der Wirtschaft und der Arbeiterin, daß auch der jugendliche Ungerleserte heute ein Mindestmaß von Wissen in der Beherrschung des Arbeitsstoffes und der Werkzeuge erhält. Dieses muß ihm vermittelt werden durch die Berufs- und Werkerschulen, an denen die Gewerkschaften Mitbestimmungsrecht erhalten müssen. Bestrebungen wie die des „Dinta“ sind abzulehnen, weil sie nur den einseitigen Betriebsinteressen der Unternehmer entsprechen und gegen die Gewerkschaften gerichtet sind.



Der Verbandstag hofft deshalb, daß in dem zukünftigen Ver-

Der Ferien- und Freizeitsfrage, sowie der Weiterentwicklung

Der Verbandstag fordert erneut dazu auf, in allen Zahl-

Am Freitag, bei Beginn der Verhandlungen, machte Kollege

Darauf erhielt Kollege Thiemig-Hannover das Wort

Der Gewerkschaftsfongress in Hamburg.

Aus seinen Ausführungen bringen wir:

Ein Bündel von Anträgen zum Kongress, ausgehend von

Wenn die Glasarbeiter ihrem Herzen folgen, gehen sie zum

Der Antrag L 5 (Lüttich) verlangt vom Vorstand, er solle



Ch. Delant.

der Vertreter des Internationalen Glasarbeitersekretariats.

Zusammenschlusses. Das haben wir bereits seit Jahren wieder-

Der Gewerkschaftsfongress wird sich auch mit der Frage

Schmidt (Hauptvorstand) begründet den Antrag L 5 a.

In der Aussprache kamen weiter Bassiner-Witten-

seine Theorie über die Industrieverbände und sagte, man mü-

In seinem Schlusswort stellte Kollege Thiemig ein

Der Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter

daß der Vorstand des ADGB, vom Gewerkschaftsfongress

Ferner sind die Ortsausschüsse im Bezirk eines Ober-

Erst wenn die Arbeitersekretariate vorhanden sind,

Eine generelle Vertretung vor dem Landesarbeitsgericht

Da die neue Kommission die Statutenberatung noch nicht

Nach der Beschlußfassung über die allgemeinen Anträge

Von dem Bericht des Kollegen Hertwig bringen wir nur die

Daß die größeren Zahlstellen mit Angestellten 35 Proz.

Dieser Besetzung stimmte der Verbandstag mit übergroßer

Ferner bestimmte der Verbandstag die Beitragzahlung in

Table with 2 columns: Stundenverdienst, Beitragssatz. Rows show percentages for different wage brackets.

Bei Akkordlohn, Prämien, Sozial- und sonstigen Zulagen

Der Motor als Gott der Menschheit.

Der Motor beherrscht das Leben der Gegenwart mehr als

In der 'Sächsischen Zeitung' schrieb kürzlich der bekannte

Als der Gott der Menschheit aus seiner jenseitigen, gleichmäßigen

In der Tat ist der Motor, die Triebkraft, die den modernen

Was ist es wichtig, daß die Höhe der gegenwärtigen

Nein. Die drei bis vier Generationen, die seit hundert Jahren

Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß in den nächsten

Dagegen ist sicher, daß Nord's Idee, ihn nach 10 an-

Die fünf Tage Woche soll und muß in der sozialen Be-

Die Gewerkschaftsbewegung muß sich dieses Freiheits-

Die Gewerkschaftsbewegung muß sich dieses Freiheits-

Wirtschaftswachstum und sozialer Fortschritt.

Seit Bestehen der kapitalistischen Wirtschaft hat diese durch

Wie es in dieser Beziehung in der Jetztzeit aussieht, be-

Nicht alle Volkswirtschaften sind in gleicher Stärke und

Das genannte Bankinstitut bemerkt ferner, daß die Ver-



noch schneller und noch ökonomischer als bisher gearbeitet werden muß. Deutschland hat den technischen Fortschritt seinem Wiederaufbau weitgehend nutzbar gemacht und wird sich seiner noch mehr bedienen müssen. Ohne sozialen Fortschritt ist aber technischer Fortschritt in der Gegenwart nicht möglich, ohne Verbrauchverbesserung, Zukunftssicherung und Arbeiterleichterung auf die Dauer keine Leistungsförderung. Für die Beurteilung der Frage, welche Beiträge alljährlich von einem Volke als nachträgliche Reparation abgegeben werden können, ist daher nicht allein das Vorhandensein eines jährlichen Kapitalwachstums entscheidend, ebenso wichtig ist das Verhältnis der Kapitalbildung zu den Bedürfnissen des Wachstums und des sozialen Fortschritts.

Der soziale Fortschritt muß, das ist unsere Meinung immer gewesen, mit dem Wachstumsprozess der Wirtschaft einhergehen. Ohne sozialen Fortschritt ist weder ein Wachstum der Wirtschaft noch eine einigermaßen tragbare Entwicklung überhaupt möglich. Somit sind Wirtschaftswachstum und sozialer Fortschritt untrennlich miteinander verbunden. Nicht immer ist diese Erkenntnis Gemeingut aller Bevölkerungsschichten gewesen. Beweist werden muß, ob dies heute schon der Fall ist.

### Wohnungsnot und Achtstundentag.

Die Wohnungsnot verringert sich nicht. Es werden kaum zwei Wohnungen erstellt, um den natürlichen Zuwachs an Wohnungssuchenden zu befriedigen. Eine Berliner Montagzeitung bringt eine Aufstellung, wonach 23.000 Berliner Familien in Kellerkellern, 16.500 in Manjarden und 47.000 Familien in Wohnwagen hausen, die weder einen eigenen Abort noch eine Wasserleitung haben. Grauenhafte Zustände, und kein Ende ist abzusehen! Aber ein Problem ist noch besonders zu beachten: Die künstliche Beschränkung der Freizeit der Arbeiter und Angestellten durch die langen Wege von und zur Arbeitsstätte. Das „S. L.“ weist in einer der letzten Nummern auf diesen Uebelstand in ländlichen Industriegebieten, insbesondere in Mitteldeutschland und dem Ruhrgebiet, besonders hin:

„Stundenweit müssen die Arbeiter in überfüllten Bussen zur Arbeitsstätte fahren, worunter die Leistungsfähigkeit leidet und die Vorteile des Achtstundentages illusorisch gemacht werden. Jedes industrielle Unternehmen, ob groß oder klein, wird immer Wert darauf legen, einen möglichst leistungsfähigen Stamm von Facharbeitern zu besitzen. Nicht nur, weil sich die Zusammenarbeit platter gestaltet. Nicht nur, weil es oft schwer ist, tüchtige Facharbeiter heranzuziehen. Im Reichsarbeitsblatt teilt Ministerialratmann Wolf mit, daß 8000 Arbeiter, die in einem ländlichen Werk der Fahrrad- und Autoindustrie beschäftigt sind, in fast hundert Gemeinden verstreut wohnen. Im Kaliberbau haben zehn Prozent der Gesamtleistung durchschnittlich täglich je zwei Stunden zwischen Wohnort und Werk zurückzulegen. An der Grenze liegende Werke müssen oft ausländische Arbeiter heranziehen, weil für deutsche Arbeiter keine Wohnungen vorhanden sind. Ein bedeutendes Werk der Glasindustrie konnte keine modernen Transportanlagen aufstellen, weil wegen Wohnungsmangel kein Bedienungspersonal gewonnen werden konnte. So wird durch die ungenügende Bautätigkeit die Rationalisierung wichtiger Werke, auch der Fertigwarenindustrie, um zwei, drei und mehr Jahre verzögert.“

Wenn die Arbeitszeit acht Stunden täglich beträgt, und der Arbeiter morgens und abends je eine Stunde von und zur Arbeitsstätte zurückzulegen hat, so ergibt sich daraus, daß die noch überbleibende Freizeit sehr gering ist. Somit gehört die Wohnungsnot mit zu den drängendsten Problemen der Arbeitszeitfrage. Ohne das Vorhandensein ausreichender Wohnungen ist die Frage des Achtstundentages nicht zu lösen.

### Preislenkung ist notwendig.

Wie nach den beiden Messen des Jahres 1927, so hat auch im Anschluß an die Leipziger Frühjahrsmesse 1928 das Institut für Konjunkturforschung in Verbindung mit dem Leipziger Messamt eine enquetemäßige Befragung der deutschen Aussteller über den Verlauf und Erfolg der Frühjahrsmesse 1928 durchgeführt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß sich Auftragsrückgang und Kundenverzug gegenüber den beiden vorjährigen Messen behauptet und vielfach noch gebessert haben. Die Erhebungen haben zu der Feststellung geführt, daß im Inlandgeschäft die geforderten und zum Teil gegenüber der letzten Messe erhöhten Preise vielfach von der Kundenschaft bewilligt wurden, allerdings nur nach Einräumung verlangter Zahlungsfrist. Im Auslandsgeschäft dagegen hat sich die Preislenkung auf der Messe als zu hoch erwiesen. Nach eingehenden Untersuchungen kommt das Institut für Konjunkturforschung zu dem Ergebnis, daß sich für die industrielle Fertigung zwei Wege zur Überwindung der Exporthemmnungen bieten: einmal die Herstellung hochwertiger Qualitätsware und ferner die Preislenkung durch rationelle Fertigerzeugung. Auch über die Umsätze auf der Leipziger Frühjahrsmesse sind nach verschiedenen Methoden Erhebungen angestellt worden, nach denen der Betrag von 1 Milliarde Reichsmark als untere Grenze der auf der Messe getätigten Umsätze angesehen werden muß. Dieser Betrag stellt allerdings nur die untere Grenze dar, weil auf der Messe teilweise nur Probeaufträge erteilt werden, die bei betrieblichem Ausfall später zu endgültigen Bestellungen führen.

### Glasindustrie Jugoslawiens.

In Jugoslawien stehen zurzeit 5 Glasfabriken für Hohlglas, Preßglas, Flachglas und halbautomatische Glasmaschinen in Betrieb. Schon vor dem Kriege waren alle Fabriken in Slowenien und Kroatien im Besitz der Firma Wilhelm Abel & Co., dann wurden dazu noch gekauft Straza und Daruvar. Die Fabrik in Zagorje wurde von der Triester Kohlenwerk-Gesellschaft in Pacht genommen; sodann wurde in Sv. Križ bei Rogasica Slavina eine neue Fabrik gebaut für Flachglas und im Anfang 1927 in Betrieb gesetzt. In Daruvar wurde einstweilen Jenaerglas gemacht; aber im Jahre 1924 bereits eingestellt.

Die beste Glasfabrik für Hohlglas ist in Paracin in Serbien, die bis zum 1. Mai d. J. im Besitz einer Belgrader Bank stand. Seit diesem Datum hat die Firma ihre Adresse geändert und heißt jetzt: „Sjedinična tvornica stakla d. b. prije Wilhelm Abel.“ Das heißt: Vereinigte Glasfabriken A.-Ges. früher Wilhelm Abel. Diese Firma hat auch die letzte Glasfabrik gekauft.

In Prag ist sind 2 Wannöfen und 1 Ofenöfen im Betrieb. In Straza sind 2 Wannöfen in Tätigkeit. In Sv. Križ 1 Ofenöfen, und in Zagorje war die letzte Zeit nur ein Ofen im Betrieb. In Daruvar ist 1 Wannöfen, der jedoch stillliegt. Auch Zagorje wird wahrscheinlich liquidieren und an die Triester Kohlenwerk-Ges. abgetreten und dadurch gänzlich stillgelegt.

In Paracin sind 2 Wannöfen und ein Ofenöfen. Die Firma beabsichtigt, die Arbeiter von Zagorje nach Paracin zu überweisen, weil mehrere Glasarbeiter abgereist sind, um die Nähe auszufüllen.

Die Tarife in Paracin wurden nach tschechoslowak. System geregelt, und zwar 100 Stück und die Berechnung prozentual nach dem Meisterverdienst 30.—, 75.—, 70.— Din. usw. nach der Qualifikation.

Die Tarife von Straza, Grafnik, Sv. Križ und Zagorje sind nach dem uralten System festgestellt, wo die ganze Wertarbeit die Verdienste zusammenrechnet und dann nach Angabe des Meisters das Hilfspersonal bezahlt wird, so daß der Mei-

ster sein Hilfspersonal ausnutzt und schlecht bezahlt, weil ihm nichts verbleibt.

Die Verdienste in Grafnik sind: für den Meister zirk. Din. 90.— pro Tag und seine Gehilfen: der erste zirk. 40.— und der 2. zirk. 30.— Din. usw. Mit einem Wort gesagt, ein Hungerlohn für einen Glasarbeitergehilfen, welcher im Monat kaum 600.— bis 1000.— Din. verdient, wogegen er in Paracin nur für die Kost 900.— Din. zahlen muß; der Meister selbst aber kaum 1600.— bis 2200.— Din. verdient hat.

Bei dem Kauf des Werkes hat die Firma den Vertrag und die Tarife gekündigt, und die Grafniker Tarife vorgelegt. Bei Verhandlungen wurde uns mitgeteilt, daß die Arbeiter in anderen Glasfabriken zufrieden sind; wir waren aber informiert, daß für alle Glasarbeitergehilfen unerträgliche Zustände herrschen. Die Jugend, die dort beschäftigt ist, verliert die Gesundheit durch die große Anstrengung.

Im Jahre 1926 haben wir eine Glasarbeiter-Konferenz abgehalten, in der sämtliche Glasfabriken mit einem Delegierten anwesend waren, und wo wir einen Zweigverband gegründet haben. Auf der ersten Konferenz am 3. 10. wurde beschlossen, dahin zu arbeiten, daß ein allgemeiner Tarif, wie auch ein Kollektivvertrag geschaffen werden. Die Arbeit in dieser Richtung ging sehr schlecht; die Organisation ist schlecht ausgefallen, nur in Paracin und Grafnik ist eine gute Organisation.

Wir gehören nun dem allgemeinen Gewerkschaftsbund an. Bei der letzten Konferenz wurde derselbe beauftragt, die Verbindung mit der internationalen Glasarbeiter-Gewerkschaft zu suchen und Vorbereitungen zu schaffen, bis der Glasarbeiter-Unterverband stärker und fester wird und dann den Anstoß an das internationale Glasarbeiter-Sekretariat zu forcieren.

Bei dem Konflikt zwischen der Paraciner Firma und der Glasarbeiterschaft, die eine starke Organisation hatte, entstanden weitere Differenzen. Die Glasarbeiter bestehen auf höheren Tarifen und Verträgen. Alle anderen Glasarbeiter haben am 30. Mai bei dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund in Zagreb eine Konferenz abgehalten und beschlossen, von der Firma den Paraciner Vertrag und Tarif für alle übrigen Glasfabriken zu fordern. Nach schriftlichem Verlangen hat die Firma das abgelehnt, jedoch aber zugestanden, daß sie zur Verhandlung bereit ist. Der Konflikt hat sich leider verschärft. Die Firma hat am 29. Mai den Paraciner Kollektivvertrag und die Tarife gekündigt, und zwar auf 4 Wochen, das ist bis zum 23. Juni d. J.

Am 10. Juni wurde eine Konferenz von sämtlichen Glasarbeitern in Jugoslawien einberufen, und zwar vom Allgem. Gewerkschaftsbund. Vertreten waren alle Fabriken mit je 2 Delegierten. Als Vorsitzender wurde vom Obmann des Unterverbandes der Genosse Franz Hocevar gewählt. Als Schriftführer wurde Genosse M. Brackovic aus Belgrad, der administratives Mitglied des Glasarbeiter-Zweigverbandes ist, gewählt.

Geigewohnt hat auch der Obmann des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes Wilh. Saramina. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, daß alle Fabriken darauf bestehen bleiben, daß die Forderung aufrecht erhalten bleibt, und daß der Paraciner Vertrag und die Tarife durch die Verhandlungen zum Abschluß geführt werden.

Am 25.—27. Juni d. J. wurden abermals Verhandlungen geführt. Die Firma hat jede Aufbesserung abgelehnt, obwohl sie für Paracin bereit wäre, 10 Prozent Durchschnittsverdienst zu bewilligen.

Herr Abel ist unentwegt auf seinem Standpunkt geblieben, den Arbeitern in Grafnik, Straza, Zagorje und Sv. Križ nichts aufzubessern, und den Paraciner 30.—50 Prozent zu reduzieren. Am 27. 6 wurde der Firma noch bis 8 Uhr abends Zeit gegeben, sich die Sache zu überlegen. Da aber die Firma wiederholt auf ihrem Standpunkt blieb, haben sämtliche Glasfabriken die Arbeit eingestellt.

Der Kampf der jugoslawischen Glasarbeiter wird sich in die Länge ziehen, und hängt es von der Arbeiterschaft ab, wie länger ausfallen wird.

Wenn die Glasarbeiter den Kampf verlieren, ist die Organisation vernichtet, und die Glasarbeiter Jugoslawiens zu Elenden verurteilt. Wir sind vorbereitet, lange Wochen durchzuhalten, unsere Mittel reichen aus.

Hiermit appellieren wir an sämtliche Zentralverbände in Europa, aus in diesem bitteren und ehelichen Kampfe unterstützen zu wollen. Nach Jugoslawien soll niemand reisen, die Deutschnation ist verständigen wir durch die Fachblätter.

Weiter bitten wir um eine finanzielle Unterstützung, wenn sich der Kampf verlängern sollte.

Alle Sendungen sind an das Sekretariat des Allgem. Gewerkschafts. Bund Dvsti Radnicki Sabaz, Beograd Sumaditska ulica br. 16 Jugoslawien zu richten.

### Berlin.

Die Firma Georg Markez, Metallstahlblecherei in Berlin, kam den Wünschen unserer Kollegenchaft auf Lohn-erhöhung nicht nach. Dadurch sind Lohnunterschiede entstanden. Solange die Firma ihren ablehnenden Standpunkt beibehält, bitten wir, sie mit Arbeitsangeboten zu versehen. — Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß alle Arbeitsangebote für Glas und Porzellan nach Berlin an den Arbeitsnachweis des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, Kollegen Albert Schulz, Berlin S.O. 16, Engelauer 24, zu richten sind.

### Obereinbuch.

Im Schlei- und Röhlerwerk Denerling bei Röhlermeister (Sied) sind Differenzen auszubringen. Die Kollegenchaft wird gebeten, das Werk nicht mit Arbeitsangeboten zu bedenken. Hebt Solidarität! Geht nicht nach Obereinbuch!

### Verשמelzungsbestrebungen auch in Frankreich.

Das Beispiel der deutschen Porzellan- und Glasarbeiter, sich mit industrieverwandten Gruppen des Verbandes der Fabrikarbeiter im Keramischen Bund zu verschmelzen, hat die Anerkennung der Kollegenchaft auch im Auslande gefunden. Eine Anzahl Porzellan- und Glasarbeiterorganisationen des Auslandes ist bestrebt, dem deutschen Beispiel zu folgen, bezw. wenigstens die Porzellan- und Glasarbeiterorganisationen zu vereinigen. Auf diese Weise haben schon unsere tschechoslowakischen Kollegen ihre Vereinigung beschlossen. Nun kommt auch neuerdings aus Frankreich die Mitteilung, daß dort ähnliche Verשמelzungsbestrebungen der Glas- und Porzellanarbeiter erörtert werden. So behandelt im Organ des französischen Porzellanarbeiterverbandes der Vorsitzende des französischen Glasarbeiterverbandes, Kollege Delzant, die Frage der Verשמelzung beider Verbände. Er macht den französischen Porzellanarbeitern den Vorschlag, sich mit dieser Frage zu befassen und weist darauf hin, daß der Glasarbeiterkongress sich schon im zunehmenden Sinne mit der Frage befaßt habe. Als Grund führt Delzant an, daß sowohl die Porzellan- und Glasarbeiter sich in verschiedenen Ländern wie Deutschland, Holland, Norwegen, Schweden und neuerdings auch der Tschechoslowakei zusammengefunden haben. Der Vorsitzende des französischen Porzellanarbeiterverbandes, Tillet, nimmt ebenfalls zu dieser Frage Stellung und weist darauf hin, daß es lächerlich bedenklich wäre, für die Porzellanarbeiter könnten dadurch Schwierigkeiten entstehen, weil ihre Beiträge niedriger seien als die der Glasarbeiter. Er führt natürlich auch weitere

Gründe an, die augenblicklich den Bestrebungen noch entgegenstehen. Aber Kollege Delzant verweist darauf, daß das Klasseninteresse an die Spitze aller Handlungen der Arbeiterbewegung zu stellen sei. Der wichtigste Grund, der neben der Stärkung der Organisationskraft für die Verשמelzung der Porzellan- und Glasarbeiter spreche, sei nicht zuletzt die Tatsache, daß eine Vereinigung zu einem Keramischen oder Chemischen Bund eine wesentliche Steigerung der Mitgliedszahlen sowie der gewerkschaftlichen Aktionskraft verspreche. Auch der Kollege F. Deri, der Sekretär des französischen Porzellanarbeiterverbandes, äußert sich in der Diskussion zur Frage der Verשמelzung. Er würdigt die Gründe dafür vollumfänglich. Weist jedoch darauf hin, daß es zweckmäßiger wäre, erst die verschiedenen Organisationsformen und gewerkschaftlichen Einrichtungen der beide Verbände auf eine gleiche Linie zu bringen. Dann stehe als Hindernis auch noch im Wege, daß bei einer Verשמelzung immer noch die Konkurrenzverbände, insbesondere der eben erst ins Leben getretene Unitaristische Verband der Porzellanarbeiter in Limoges, übrig bleiben. Die Tatsache, daß die Porzellanarbeiter in Frankreich schlecht organisiert sind, ist nach Deri weniger auf das Bestehen des Fachverbandes zurückzuführen, als auf die Tatsache der unheilvollen Spaltung der Gewerkschaften in mehrere Richtungen. So gern er auch die Verשמelzung grundsätzlich wünscht, halte er es aber für zweckmäßiger, die Frage noch etwas zu vertagen, um eine Angleichung der Verhältnisse innerhalb der Verbände herbeizuführen und um Schwierigkeiten vorher zu beseitigen.

Aus diesen Überlegungen und Bestrebungen können wir erkennen, daß unsere Verשמelzung mit ihren günstigen Erfahrungen in Deutschland anregend über unsere Landesgrenzen hinaus gewirkt haben. Es wäre zu wünschen, wenn unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen die gleichen organisatorischen und allgemeinen Erfolge einer Verשמelzung ebenso erreichen könnten, als wie es bei uns der Fall war. Hoffentlich ist die Frage in Frankreich durch diese Erörterung noch nicht abgeklärt. Wir wünschen den französischen Kollegen, daß sie daraus einen Anstoß für ihr ganzes Gewerkschaftsleben bekommen.

### Wallerfangen.

In der Steingutfabrik Wallerfangen der Firma Willeroy & Boch hängt in fast allen Abteilungen folgende Bekanntmachung:

Es hat sich leider die Unsitte herausgebildet, daß die Aborte — insbesondere von den jugendlichen Arbeiterinnen — aufgesucht werden, um sich daselbst zu küssen und für das Verlassen des Betriebes fertig zu machen, und zwar hauptsächlich nach 9, vor 12 und vor 4 Uhr. Die Folge davon ist, daß die Aborte während dieser Zeiten gewöhnlich überfüllt sind. Da das dadurch entstehende unnötige Warten und Herumstehen für den Betrieb keineswegs von Vorteil ist und um die mißbräuchliche Benutzung der Bedürfnisanstalten zu vermeiden, sehen wir uns genötigt, die Aborte von 9.15—10 Uhr, von 11.15—12 Uhr und von 3.15—4 Uhr prinzipiell zu schließen.

Eine Benutzung der Aborte während dieser Sperrzeiten ist nur mit jeweiliger besonderer Erlaubnis der Gewerkschaftsführer gestattet.

Die Direktion:  
gez. M. Denkersdorff.

Es gibt einen Witz, in dem erzählt wird, daß ein Sumor-begaber, der in einem kleinen thüringischen Nest den verschwiegenen Ort aufsuchte und die Aufschrift fand: „Schlüssel beim Stationsvorsteher“, darunter schrieb: „In dringenden Fällen wende man sich an die Eisenbahndirektion Erfurt.“ In Wallerfangen ist der Witz Ernst. Man weiß, daß sich betriebliche Unternehmer nicht nur in Amerika in die privaten Angelegenheiten ihrer Arbeiter mischen. Daß sie aber versuchen, auch den Stoffwechsel in die ihnen angenehmen Bahnen zu lenken, steht einzig da. Wenn man im übrigen vermeiden will, daß die Arbeiterinnen sich in den Aborten küssen, braucht man nur einen entsprechenden Ort für sie herzurichten, in dem sie das tun können. Es muß aber besonders gefragt werden, mit welchem Recht die Betriebsführer direkte Angelegenheiten des Arbeiterausschusses begutachten, daß die angeführte Bekanntmachung erfolge. Es muß mit aller Veronung darauf hingewiesen werden, daß jede Veruchte und beachtliche Verשמelzung der Arbeiterrechte vor das Forum des Arbeiterausschusses gehört.

Der Protest der Obmänner gegen diese famose Verordnung erwirkte eine Besprechung mit den Betriebsführern. Ein besonders schlauer Meister soll sich dabei auch über die Intelligenz der ländlichen Arbeiter ausgelassen und behauptet haben, sie sei weniger groß als die der Städter. Scheinbar kommt dieser Meister vom Lande. Die Direktion hat ein Nachwort geschrieben. Sie hat nicht etwa dem Verlangen der Arbeitervertreter stattgegeben und die Verordnung in der Verfertigung verschwinden lassen, sie hat dem Ausschussmann Louis Sch. zu verstehen gegeben, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung die Strafe winkt.

So werden die Rechte der gesetzlichen Vertreter der Arbeiter mit Füßen getreten. „Gehaltsbesitzung“ heißt ein Plakat am schwarzen Brett, das auffordert, eine Hygieneausstellung in Saarbrücken zu besuchen. Ob in dieser Ausstellung auch der Stundenplan der Firma Willeroy & Boch über den Besuch der Aborte hängt? Vielleicht in der Abteilung: Hygienische Merkwürdigkeiten?

### Selb.

Als wir in Hamburg an unserem Verbandstag teilnahmen, erhielten wir die Nachricht, daß Dr. Bürge, der Vertreter des Arbeitgeberverbandes der deutschen feinkeramischen Industrie für den Gau Bayern, plötzlich verstorben sei.

Dr. Bürge ist einem Herzschlag erlegen. Er führte die Geschäfte für den Arbeitgeberverband in Bayern seit dem Jahre 1922. Als Vizepräsident des wirtschaftlich größten und ausschlaggebendsten Verbandes der feinkeramischen Industrie nahm Dr. Bürge in den Jahren seiner Tätigkeit an allen Lohnverhandlungen, die stattfanden, teil. Er war ständiger Besucher beim Erbschiedsamt der feinkeramischen Industrie und sofern bei Tarifverhandlungen Schiedsgerichte gebildet werden mußten, war Dr. Bürge stets Zeuge in diesen.

Man kann Dr. Bürge in seiner Tätigkeit nachsehen, daß er in seinem Gau recht oft auftauchende Streitfälle in der besten Weise erledigt hat.

Wenn speziell in den bayrischen Betrieben in den letzten Jahren Differenzen und Streitigkeiten zwischen Kollegenchaft und Betriebsleitung auf dem Verständigungswege beigelegt werden konnten, so war dieses mit ein Verdienst des Herrn Dr. Bürge, das wollen wir gern anerkennen und in dieser Hinsicht bedauern wir sein Hinscheiden.

Dr. Bürge ist nur 43 Jahre alt geworden. Die Nachfolgerschaft für Dr. Bürge ist von einiger Bedeutung. Der Arbeitgeberverband wird stark Anstoß halten müssen, um in Bayern auch in Zukunft verständnisvolles Arbeiten zu ermöglichen.

### „Keramag“ A.-G.

Bei der „Keramag“, Keramische Werke, A.-G., in Bonn, ging das Geschäft in den letzten Monaten außerordentlich gut, das heißt, die Verdienste für die Aktionäre waren sehr hoch. Der Stand der Aktien gehört zu den besten der deutschen Aktien überhaupt. Er hat gegenwärtig eine Höhe von 335 Proz. Die Firma führt seit einiger Zeit Verhandlungen mit dem Ziele der Verשמelzung bezw. Angleichung verwandter Industriezweige.



Ein Ergebnis wurde noch nicht erzielt. Die Firma läßt aus-  
drücklich darauf hinweisen, daß sie an dem Erwerb der Ludwig  
Wessel N.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation in Bonn  
kein Interesse hat. Die vor einigen Jahren geführten Ver-  
sprechungen waren schon ergebnislos. Man ersieht daraus,  
daß die so günstig in der feinkeramischen Industrie dastehende  
Firma ein großes Interesse daran hat, weitere Betriebe sich  
anzugliedern. Gegenwärtig steht es aber so, daß die verbundenen  
Betriebe der Spülwarenindustrie selbst so gute Geschäfte machen,  
daß sie sich von einer Angliederung an die „Keramag“ nicht  
abzuviel versprechen. Das beste wäre gewesen, wenn sie die  
Ludwig Wessel N.-G. in ihre Hände bekommen hätte, dann  
wäre wichtigste Aussicht vorhanden gewesen, daß diese Firma  
über ihre Schwierigkeiten hinweggekommen wäre.

**Wiesbaden.**

Die Ausstellung „Das deutsche Porzellan“, Mai, Juni, Juli  
1928 in Wiesbaden, wurde am 15. Juli geschlossen. Die Aus-  
stellung erregte sich in Deutschland und darüber hinaus größter  
Beachtung und fand die volle Anerkennung der Besucher. Sie  
war ursprünglich nur für eine Dauer von 5 Wochen vorgesehen,  
mußte dann aber zweimal verlängert werden und war insge-  
samt 10 Wochen dem Publikum zugänglich. Ungefähr  
50 000 Personen haben die Ausstellung besucht, und die meisten  
haben ihre lobende Anerkennung dazu ausgesprochen. Inwiefern  
die Porzellanindustrie und der Porzellanhandel Erträge davon  
hatte, läßt sich noch nicht feststellen.

Im Laufe der Ausstellungszeit wurden auch verschiedene  
Sonderveranstaltungen getroffen. Die letzte davon unter dem  
Motto: „Blüte und Blumen“. Auch die Sonderveranstaltungen  
waren voller Erfolg. Daß die Ausstellung den regen Zuspruch  
und die vollste Anerkennung bekam, ist in erster Linie der Aus-  
stellungsleitung, an deren Spitze Herr Heinz Heberer stand,  
und ihren Hilfskräften zu danken.

**Porzellanfabrik Kahla N.-G.**

Der Stand der Kahla-Aktien war in der letzten Zeit  
besonders günstig. Wie die Entwicklung vor sich gegangen ist,  
haben wir bereits einmal festgestellt. Dieser Umstand führte  
dazu, daß sich die ordentliche Hauptversammlung der Ge-  
sellschaft mit der Frage der Kapitalerhöhung befaßte. Der Aus-  
schuß hat beschloß daraufhin, eine außerordentlich Hauptver-  
sammlung einzuberufen und ihr eine Kapitalerhöhung von 3 Millionen  
Reichsmark mit halber Dividendenberechnung für das laufende  
Geschäftsjahr vorzuschlagen. Es ist in Aussicht genommen, den  
Aktionären ein Bezugsrecht in der Weise anzubieten, daß auf  
3000 alte Aktien 1 neue Aktie zu 120 v. H. gezogen werden kann.  
Der gegenwärtige Kurs der Aktie ist 156 Proz. Die Aktionäre  
können damit also ein ganz gutes Geschäft machen. Der Erfolg  
der Kapitalerhöhung soll zur Stärkung der Betriebsmittel ver-  
wendet werden.

**Allgemeine Verbindlichkeits-Erklärung.**

Zwecks Durchführung des Reichstabilitätsgesetzes für die fei-  
keramische Industrie und des dazugehörigen Verabkommens  
bei Außenleiterfirmen wird darauf hingewiesen, daß die  
Allgemeine Verbindlichkeits-Erklärung unter Geschäftszeichen  
Nr. 1322 in Nummer 17 des Reichsarbeitsblattes vom 10. Juni  
1928 auf Seite V 184 veröffentlicht ist. Die Allgemein-  
verbindlichkeit hat Wirkung ab 1. April 1928.

**Der Hoffmannsche Ringofen.**

Die Ziegelherstellung ist eines der ältesten Gewerbe, wel-  
ches die Geschichte kennt. Vor 4000 Jahren wurden Ziegelsteine  
hergestellt und gebrannt. Die Geschichtsforschung hat auch fest-  
gestellt, daß die Steine im Feuer gebrannt wurden, die in die  
Erde gebaut waren. Im Mittelalter erfolgte das Brennen  
der Steine im Feldbrand. Aus diesem System entwickelten sich  
dann die alten Deutschen Ofen und Kesselöfen. Bis in die  
Mitte des vorigen Jahrhunderts kannte man noch keine  
andere Ofensysteme. Erst dem Bauat Friedrich Hoffmann  
war es vergönnt, auch im Ziegelbrennen eine Umwälzung her-  
beizuführen. Der Hoffmannsche Ringofen wurde im Jahre  
1858 erfunden. Am 17. April 1858 meldete Hoffmann seine Er-  
findung bei der preussischen Deputation für Gewerbe zum  
Patent an. Ausgehend von dem Gedanken, daß bei den bis  
dahin üblichen Ofen zuviel Wärme ungenutzt entweicht, ver-  
suchte er durch die neue Konstruktion die überschüssige Wärme  
nachts abzugeben, indem er sie zur Verrohung des  
Brennstoffes verwandte. Auch der Gedanke, Brennmaterial  
zu sparen, lag der Erfindung zu Grunde. Dies konnte aber  
nur geschehen, wenn der neue Ofen einen im Preislauf sich  
bewegenden ununterbrochenen Brand garantierte. In einer  
eingehenden Denkschrift legte Hoffmann die Vorteile der neuen  
Erfindung dar. Die Patentkommission erkannte auch die Vor-  
teile der Erfindung an und erteilte das Patent. Ausgehend von  
der freisinnigen Feuerzweckbewegung wurden die ersten Ofen  
als freisinnige Ofen gebaut. In der Mitte des Ofens befand  
sich der Schornstein, welcher durch sogenannte Röhre mit den  
Kammern verbunden war. Um nun die einzelnen Kammern  
von einander abzuschließen, wurden zwischen die einzelnen Kam-  
mern eiserne Schieber gelassen. Jedesmal, wenn eine neue  
Kammer dem Feuer angeschlossen werden sollte, mußte der  
eiserne Schieber entfernt werden, welches keine leichte Arbeit  
war. Es wird sich vielleicht noch mancher alte Brenner dieser  
schweren, eiserne Schieber erinnern. Die jetzt überall ge-  
bräuchlichen Abwehrschieber sind erst viel später in Anwendung  
gekommen. Auch heute findet man noch vereinzelt Hoffmann-  
sche Ringöfen in freisinniger Bauart. Diese Ofen dürften in  
den ersten Jahren nach der Erfindung gebaut sein. Fortschritt  
und Erfindung stehen nicht still, so heißt es in einem Sprich-  
wort. Dies kann man auch von den Hoffmannschen Ringöfen  
sagen; denn nicht lange dauerte es, und Verbesserungen wur-  
den eingeführt. Zunächst ging man dazu über, unter Verbehal-  
ten des Grundgedankens lamelläre Ofen nach dem Hoff-  
mann zu bauen. So finden wir wiederum in einzelnen  
Gegenden lamelläre Hoffmannsche Ringöfen in einem  
von 10 bis 16 Kammern. In beiden Kammern aber nur einen  
kleinen Ofen, damit das vordere schreibende Feuer in die  
andere Kammer gelangen kann. Wiederum etwas spä-  
ter ging man dazu über, anstatt der an den beiden Kammern  
zwischen Lamellen lamelläre Ofen zu bauen, welche ebenfalls  
wie die an der Längsseite sich befindenden Kammern mit  
Steinen vollgepackt waren. Dieser durch  
nachträgliche Verbesserungen ein brauchbarer Ofen vorhanden war,  
lag der Gedanke sehr nahe, für größere Betriebe Ofen mit  
doppelter Feuerkraft zu bauen, um den Anforderungen des Baum-  
marktes gerecht werden zu können. Alle späteren Ofensysteme sind  
aus dem Grundgedanken des Hoffmannschen Patentes entstanden.  
Heute haben wir die verschiedenartigsten Ofensysteme, welche  
sich besonders für feine Waren eignen. Nicht jede Ware  
kann im Hoffmannschen Ringofen gebrannt werden. Es würde  
im Rahmen dieser Betrachtung zu weit führen, über die ande-  
ren Ofensysteme zu schreiben. Aber eins darf gesagt werden,  
mit der Erfindung des Hoffmannschen Ofens trat eine  
genauere Abwägung in der Brennweise in Erscheinung.  
Im Jahre 1870 wurde das Patent aufgehoben. Wahr-  
scheinlich aus dem Grunde, um auch dem Ofen 1870 nicht durch  
hohe Patentgebühren das Bauen von Ringöfen unzugänglich zu  
machen.

Nicht nur die Ziegelbrenner haben ein Recht, diesen Ofen-  
bauern heute nach 70 Jahren Ehrenden zu gedenken, auch wir als  
Ziegelbrenner wollen gern und freudig die Vorteile, die die  
Erfindung des Hoffmannschen Ofens auch für die Arbeiter ge-  
bracht hat, anerkennen. Es ist nur an die Arbeiterweise vor der U-

des Ringofens auf den Ziegeln erinnert. Bei Tage von  
Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang Steine formen, oder in  
die Ofen einsetzen und dann nachts Feuerwache vor den Ofen.  
2-3 Stunden Schlaf innerhalb 24 Stunden sollen keine Sel-  
tenheit gewesen sein. Jedenfalls wissen auch hiervon die ältere  
Ziegler noch ein Lied zu singen. Stillstand bedeutet Rück-  
schritt, deshalb wollen auch wir als Ziegler jede technische  
Neuerung und Verbesserung in der Ziegelindustrie freudig be-  
grüßen.  
Konrad Böttgast, Detmold.

**Ein Ostreuz der Zementindustrie.**

In den unerfreulichsten Kapiteln der deutschen Kartell-  
geschichte und Kartellpolitik gehören die Verhältnisse in der  
deutschen Zementindustrie. Die Kapazität der Zementindustrie  
übersteigt weit den Bedarf, und dennoch bedeutet die Preis-  
politik der Zementkartelle eine monopolistische Ausbeutung des  
Marktes, wie sie kaum in einer anderen Industrie eine Parallele  
findet. Die damit verbundenen großen Gewinne haben in der  
letzten Zeit allerdings das Außenleitertum begünstigt, und die  
Produktionsfähigkeit der Industrie wurde noch stärker erweitert.  
Der Kampf gegen die Außenleiter nahm in der Folge die brutal-  
sten Formen an, worüber wir in den letzten Monaten häufig  
genug berichten mußten.

Allerdings hat die übergroße Leistungsfähigkeit zusammen  
mit den großen Gewinnen in der Zementindustrie auch zur  
Bildung großer Konzerne und Trusts geführt, von der zu er-  
warten ist, daß sie allmählich auch den für die Volkswirtschaft  
verlustreichen Kartellkämpfen ein Ende setzen wird. Im Westen  
regieren heute schon der große Viking-Konzern und die Süd-  
deutsche Heidelberg-Mannheim-Kombination. Im Norden und  
Osten Deutschlands scheint sich jetzt auch der Vertrauens-  
gedanke stärker durchzusetzen.

Dieser Vertrauens im Osten und Norden dient eine Kombi-  
nation, die jetzt von der Ostwerke N.-G., der zweiten Haupt-  
gesellschaft des Schultze-Hagenhofer-Konzerns, ausgeht. Die  
Ostwerke N.-G. verjüngte schon bisher durch ihre Herrschaft über  
die schlesische Zementindustrie über mehr als sechzehn Prozent  
der gesamten deutschen Zementherzeugung. An der Sächsisch-  
Thüringischen Portland-Zementfabrik Brüning & Co. waren die  
Großaktionäre der Ostwerke N.-G. bisher schon beteiligt. Da  
die Ostwerke N.-G. und die mit dem Konzern verbundenen Bank-  
häuser jetzt auch ein ausziehendes Aktienpaket der Adler,  
Deutsche Portland-Zementfabrik N.-G. Berlin (Kapital 7,53 Mil-  
lionen Reichsmark - Werke in Müdersdorf) erworben haben, ist  
die Fusion der Adler N.-G. mit der dieser bisher schon be-  
herrschten Portland-Zementwerke Saale N.-G. möglich ge-  
worden. Die Adler-, Saale- und Sächsisch-Thüringische Port-  
landgesellschaft treten mit ihrem acht Prozent der deutschen  
Zementherzeugung nunmehr also unter den Einfluß der Ostwerke  
N.-G., wodurch sich bei dieser die Kontrolle von etwa einem  
Viertel der gesamten deutschen Zementherzeugung vereinigt. Im  
Norddeutschen Zementverband wird damit der Ostwerke-Konzern  
ausziehend.

Diese Erweiterung der Zementinteressen des Ostwerke-  
Schultze-Hagenhofer-Konzerns schließt im Norden und Osten  
Deutschlands ein festes Trustgefüge, das in seiner Stärke nicht  
weit hinter dem Viking-Konzern im Nordwesten und dem Süd-  
deutschen Zementkonzern zurückbleibt. Nationalisierung der  
Industrie wäre schon im Gefolge dieser zunehmenden Ver-  
trustung möglich. Sie sollte aber, angesichts der enormen Ver-  
deutung der Zementindustrie für den Baumarkt, durch staatliche  
Eingriffe gefördert werden, die im Augenblick zum min-  
desten eine statistische und rechnungsmäßige Durchleuchtung der  
Industrie für die wirksame Durchführung einer Preiskontrolle  
ins Auge fassen müßte. Eine Ausgabe für Dr. Curtius im  
Namen des Programms der letzten Regierungserklärung.  
[„Vorwärts“ vom 19. 7. 1928.]

**Rentabilität der Aktien der Bau-  
material-, Steinzeug- und Tonindustrie.**

Bei Lohnverhandlungen kann sich das Unternehmertum  
nicht genug tun mit der Schilderung der schlechten Lage der  
Industrie. Auch jetzt, wo ein gewisser Stillstand in der saison-  
mäßigen Konjunktur der Bauindustrie festzustellen ist, wird die  
Schilderung an diesem Zustand der Arbeitszeit- und Lohnpolitik der  
Arbeiterschaft aufgehoben. Besonders angeht hat den Unter-  
nehmern das Verhalten, die Forderungen der Arbeiterschaft  
auf dem Zwangswege des Schlichtungsverfahrens zum Abschluß  
zu bringen.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit der schlechten Lage  
der Industrie aus? Darüber berichtet die „Tonindustrie-  
Zeitung“ für obige Industrie. In der Berliner Börse werden  
die Aktien von 23 Aktiengesellschaften der Baumaterial-, Stein-  
zeug- und Tonindustrie amtlich notiert. Die Dividenden dieser  
Gesellschaften stellten sich im Jahre 1926 auf 8,4 Proz. und im  
Jahre 1927 auf 9,76 Proz.; während die Durchschnitts-  
dividende aller an der Berliner Börse notierten Aktien für die  
gleichen Geschäftsjahre nur auf 6,94 Proz. bzw. 8,26 Proz.  
stand. Die Effektivverzinsung der Aktien, welche aus dem  
Kursstand der Aktien und der Höhe der zuletzt verteilten Divi-  
dende errechnet wird, betrug am 31. Mai 1927 5,1 Proz. und  
am 31. Mai 1928 5,4 Proz. Die Effektivverzinsung der ge-  
samten deutschen Industrieaktien (an der Börse notierten)  
betrug dagegen nur 4,4 Proz. bzw. 4,8 Proz. Ist die Er-  
höhung in der gesamten Industrie auch ziemlich gleichmäßig,  
so liegt die Baumaterial-, Steinzeug- und Tonindustrie doch  
gleichmäßig über dem Durchschnitt.

Bei einer Einzelbetrachtung ergibt sich für die angeführte  
Industrie noch ein günstigeres Bild. Der Schwerpunkt der  
ausgehenden Dividende lag 1926 bei 10 Proz. für 9 Aktien-  
gesellschaften, während die nächstgrößte Gruppe sogar bei  
10-15 Proz. lag. 1927 verteilte die weitest große Anzahl  
von 23 Gesellschaften gleichfalls 10-15 Proz. In der gesamten deut-  
schen Industrie dagegen, 1926 wie auch 1927, verteilten eine  
große Anzahl von Gesellschaften keine Dividende.  
Es hebt die Rentabilität der Bauindustrie erzeugenden In-  
dustrie in Wirklichkeit nach eigener Ansicht aus, nur bei Lohn-  
und Tarifverhandlungen will man das nicht eingestehen. Die  
Unternehmer verstehen es, rücksichtslos die Konjunktur für sich  
auszunutzen. Will die Arbeiterschaft Anteil haben an den Er-  
folgen und Aufschwung der Wirtschaft und dadurch erst den  
Ausgang der guten Konjunktur sichern, so schreit man über den  
Kurs der Wirtschaft.  
H.-e.

**Ein schöner Erfolg.**

Große Widerstände galt es im vorigen Jahre bei der Be-  
schäftigung über die Anstellung eines Bezirksleiters in der  
Zahlsstelle Hiesburg zu überwinden.  
Gauleitung sowie ein großer Teil weisichtiger Kollegen  
versuchten anfangs vergeblich, die Kollegen von der Notwendig-  
keit einer solchen Maßnahme zu überzeugen. In mehreren  
Versammlungen wurde das für und Wider eingehend erörtert;  
bis man endlich den Beschluß durchsetzte, einen beliebigen Kol-  
legen anzustellen.  
Und wahrlich, es wurde kein Reklamier getan. Innerhalb  
eines halben Jahres erhöhte sich die Mitgliederzahl der Zahls-  
stelle von 60 auf über 100 Mitglieder. Die Einnahmen  
stiegen von circa 1200 RM auf über 1500 RM im letzten  
Jahre. Gewiß hat auch eine Anzahl der im Betriebe stehenden  
Kollegen bei der Werbung ihre Teil dazu beigetragen; doch  
ist es in erster Linie der organisatorischen Tüchtigkeit des  
neuen Bezirksleiters, der sich in der kurzen Zeit seines Vier-

leins das Vertrauen sämtlicher Kolleginnen und Kollegen  
erwerben verstanden hat, zu verdanken, daß die Zahlsstelle Hies-  
burg einen derartig schönen Aufstieg genommen hat.  
Macht es nach!

**Genossenschaftliches.**

Heinrich Kaufmann 7.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung hat einen schweren  
Verlust erlitten. Sie hat einen ihrer hervorragendsten Führer  
verloren. Am 2. Juli starb in Hamburg der Genosse Hei-  
rich Kaufmann, der langjährige Geschäftsführer und Vor-  
ter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der Best-  
einer ist mit ihm dahingegangen. Es war sicher ein ehrlicher  
Weißfall, der aus dem großen Genossenschaftskongress in Dres-  
den hervordrang, als das Telegramm Heinrich Kaufmanns be-  
lefen wurde, worin er bedauerte, nicht anwesend sein zu kö-  
nnen, und dem Genossenschaftstag einen guten Verlauf wünscht.  
Dieser Weißfall wiederholte sich, als seine Freunde, die Genoss-  
schaft und Lorenz, der emsigen und fruchtbringenden Tätig-  
keit Kaufmanns gedachten. Nun ist er nicht mehr. Eine tüchtige Kraft  
hat auch die unwürdige Kraft dieses Mannes gebrochen. Ge-  
därft unanständig sein, an dieser Stelle die Verdienste Kaufmanns  
um die Konsumgenossenschaftsbewegung, seine Bedeutung als  
Denker, Schriftsteller, Lehrer und Führer besonders hervor-  
heben. Dies ist der gegenwärtigen Generation so lebendig, daß  
es dessen nicht bedarf. Heinrich Kaufmann war auch ein Freu-  
der Gewerkschaften. Er verstand es insofern seines organisatorischen  
Talentes, alle auftretenden Mißbilligkeiten glatt  
überwinden. Deshalb trauert an seiner Waise nicht nur die  
Konsumgenossenschaftsbewegung, sondern auch die Gewerkschafts-  
bewegung.

**Ausschreibung.**

Veranlaßt durch die Wahl des Kollegen Paul Bulke zu  
Branchenleiter in Charlottenburg, wird der Posten eines bra-  
cheunkundigen Gauleiters für die Gruppe Glas in Dresden freige-  
setzt. Für diesen Gau, Sachsen und Brandenburg, suchen wir  
deshalb zum möglichst baldigen Eintritt einen tüchtigen Kollegen  
aus der Glas-Industrie als **Gauleiter**.

Reflektiert wird nur auf eine mit der Glasindustrie un-  
den einschlägigen Arbeiten vertraute gute Kraft. Der Kol-  
lege muß in der Lage sein, die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen  
Interessen der Glasarbeiter in jeder Beziehung zu vertreten.  
Die Bewerber haben neben der Angabe über die bisherige  
Verbandszugehörigkeit eine Schilderung ihres Lebenslaufes zu  
wie eine solche über die Tätigkeit und Arbeiten in der O-  
ganisation einzugeben.

Die Aufstellung und Befolgung richtet sich nach dem auf dem  
Verbandstag beschlossenen Gehaltsregulativ.  
Die Bewerbungen sind bis zum 14. August an den Haupt-  
vorstand, Adresse: August Brey, Hannover, Nikolaus-  
straße 7, zu senden.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied der Zahlsstelle Döbeln  
Endgen, Edmund Richter-Rohwein, Buch-Nr. S II 698 26  
auf Grund des § 14, Absatz 3a unseres Verbandsstatuts.

**Literarisches.**

Wiederholen aller Lektüre ist der sicherste Problemlö-  
sewonnener weiterer Bildung. Hebbel  
Nur ein Buch liegt offen vor aller Augen, das Buch der  
Natur. Rousseau

Der Zentralverband der Angestellten legt soeben seinen Geschäftsbericht  
für das Jahr 1927 vor. Dieser gewährt einen Einblick in die umfang-  
reiche Kleinarbeit der Organisation, die im vergangenen Jahre geleistet  
worden ist. Die sozialpolitische Tätigkeit, die Fachgruppenarbeit, die Rech-  
schränklichkeit werden ausführlich dargestellt. Aber auch aus der Be-  
trachtung der Abschnitte über die Werbe-, Jugend- und Bildungsarbeit  
hervor, in welcher umfangreichem Maße die Organisation sich um die O-  
winning der Handlungszustellen und Büroangestellten bemüht. Gerade  
voriges Jahr stand im Zeichen einer ausgedehnten Kleinarbeit, die nicht  
zuletzt mit dazu beigetragen hat, dem Verbands neue Mitglieder zuzuföh-  
ren. Darüber hinaus bringt der vorliegende Bericht viele Einzelheiten  
über die Vorgänge aus dem Organisationsleben. So dürfte u. a. auch inter-  
essieren, was der Verband mit Hilfe seiner Unterstützungsvereinigungen  
leistet hat. Es haben im Verlauf des Jahres 4752 Mitglieder Stellenlos-  
und 5164 Mitglieder Krankengeldunterstützung erhalten. Sterbefälle wurden  
464 Mitglieder ausgezahlt. Darüher über die vom Verbands erst im  
vorigen Jahre eingerichtete Altershilfe und Aussteuerhilfe liegen noch  
nicht vor. Es steht aber fest, daß diese Einrichtungen in den  
kommenden Zeit in erheblichem Maße in Anspruch genommen werden.  
Der gesamte Bericht zeigt, wie sich der ZVA, immer mehr und mehr zu  
führenden Organisation der Handlungszustellen und Büroangestellten  
wickelt.

**Arbeitsmarkt.**

Ein tüchtiger Formmachersgehilfe (ledig), welcher auf W-  
lenchtungszyklus gut einarbeitet ist und sicher drehen kann, wird  
von Glasfabrik gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an  
Glashüttenwerk Greiner & Co., G. m. b. H., Temitz-Lumpin  
Sachsen. (11)

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, ledigen Male-  
welder firm in Wand, Band, Staffage, Korbalt, Beston an  
Handmalerei ist. Bewerbungen sind zu richten an Holzwer-  
ebungswerk, G. m. b. H., Freudenstadt, Schwarzwall. (11)

Gesucht wird für bald ein Gehilfe auf Belichtung und  
Konferven. Angebote an G. J. Defler, Benzig, D.-L., Lang-  
nauerstr. 35. (11)

Glasmacher für Hafensofen und Taageswanne gesucht; zu  
Einstellung kommen 5 bis 6 komplette Stühle oder einzelne Bor-  
blätter und Fertigmacher. Glashütte Wellerbach i. Thür. (11)

Steingutfabrik Billeroy & Koch, Septfontaines bei  
Luxemburg, sucht per sofort einen perfekten Formmachers. 1420

Ein junger tüchtiger Glasfleischer für Meißelglas (Tischgläs-  
per sofort gesucht. Es kommt nur eine beste Kraft in Frage.  
H. v. Armann, Kristallglasbleiesserei, Hof, Saal-  
Vorstr. 12. (12)

2 geübte Freidreher für Hochspannungsisolatoren zum sofort  
igen Eintritt gesucht. Best. Angebote an Porzellanfabrik J-  
seph Schachtel, N.-G., Sophienau, Post Bad Charlotten-  
brunn, Schließen. (12)

Kleinhändler rheinischer Art für Sonderswerda gesucht durch  
Arbeitsnachweis Bruno Schwedler, Sonderswerda  
D.-L. (12)

Tüchtiger Porzellanmaler, der im Spritzen und Mäandern ge-  
übt ist, findet Dauerstellung. Efferten sind zu richten an Feri-  
Benfänger, G. m. b. H., Wauheim. (12)

Ein tüchtiger Stapeldreher, zur Hauptfache für Qualformen  
wird für sofort gesucht. Best. bevorzugt. Porzellanfab-  
rik Kloster Wehra, Kloster Wehra, Str. Schlenkerstr. (12)

Wir suchen sofort oder in 14 Tagen 3 bis 4 Gehilfen auf  
Medizingläser und 2 Gehilfen auf Konfervengläser. Zu melde-  
beim Arbeitsnachweis Ernst Bohn, Mühlendamm, Glashütte (12)

Ein durchaus perfekter Stapel- und Mattenstapler, sowie ein  
erfahrener Mohrputzer, suchen, geführt auf langjährige Tätigkeit  
in der Steinzeugindustrie, Beschäftigung. Eintritt kann sofort  
erfolgen. Angebote sind an den Verband der Fabrikarbeiter  
Bezirksabteilung Wunzlau, zu richten.  
Glashüttenmeister, verb., perfekt im Sprengen und Ein-  
bohren an Maschinen und Stein, sowie in sämtlichen Hobel-  
arbeiten, sucht Stellung, möglichst mit Wohnung, durch Arbeits-  
nachweis Wunzlau, D.-L. (12)

Verlag: Albin Stark, Charlottenburg, Probststr. 2-5.  
Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlotten-  
burg, Probststr. 2-5.  
Druck: G. Janitzowski, Berlin, SO 26, Elisabethstr. 28.